

DIE GELDBOMBE

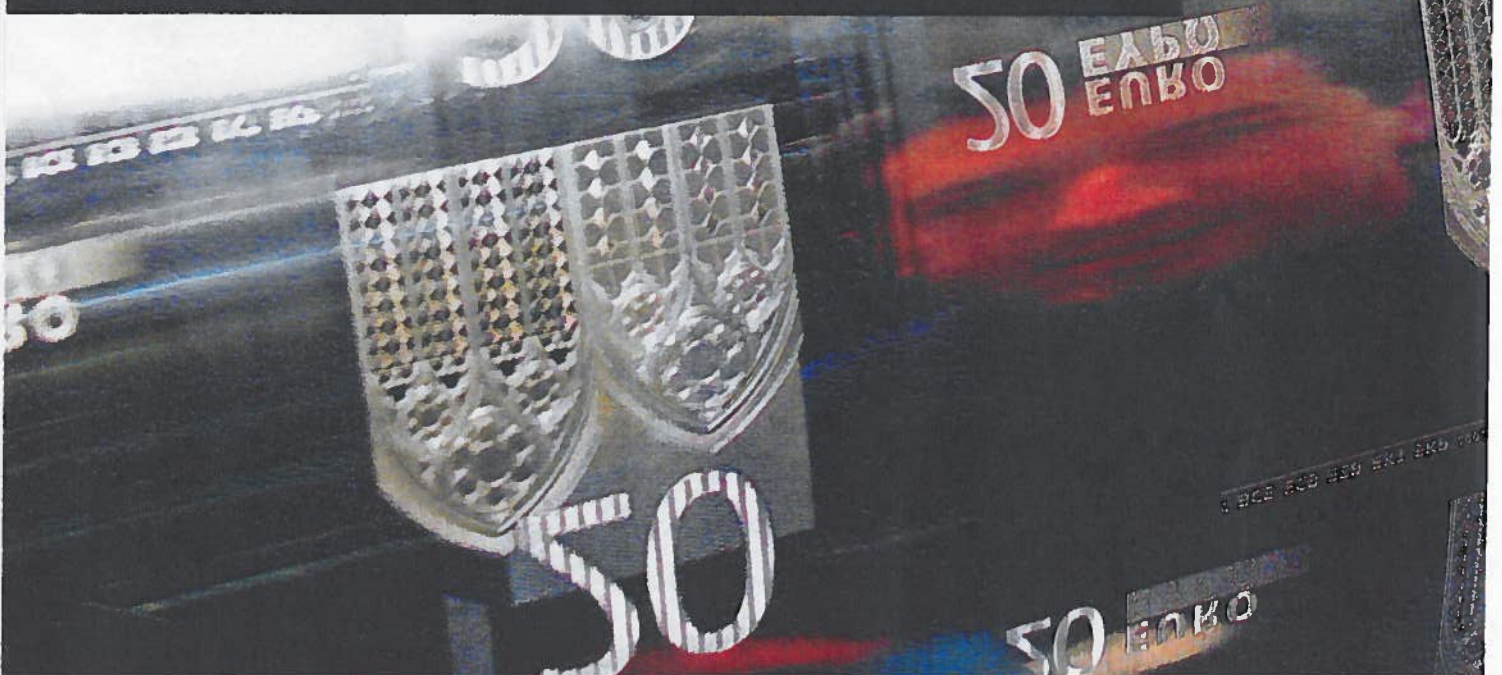
Wie aus einer großen Idee
eine Gefahr für Europa werden konnte

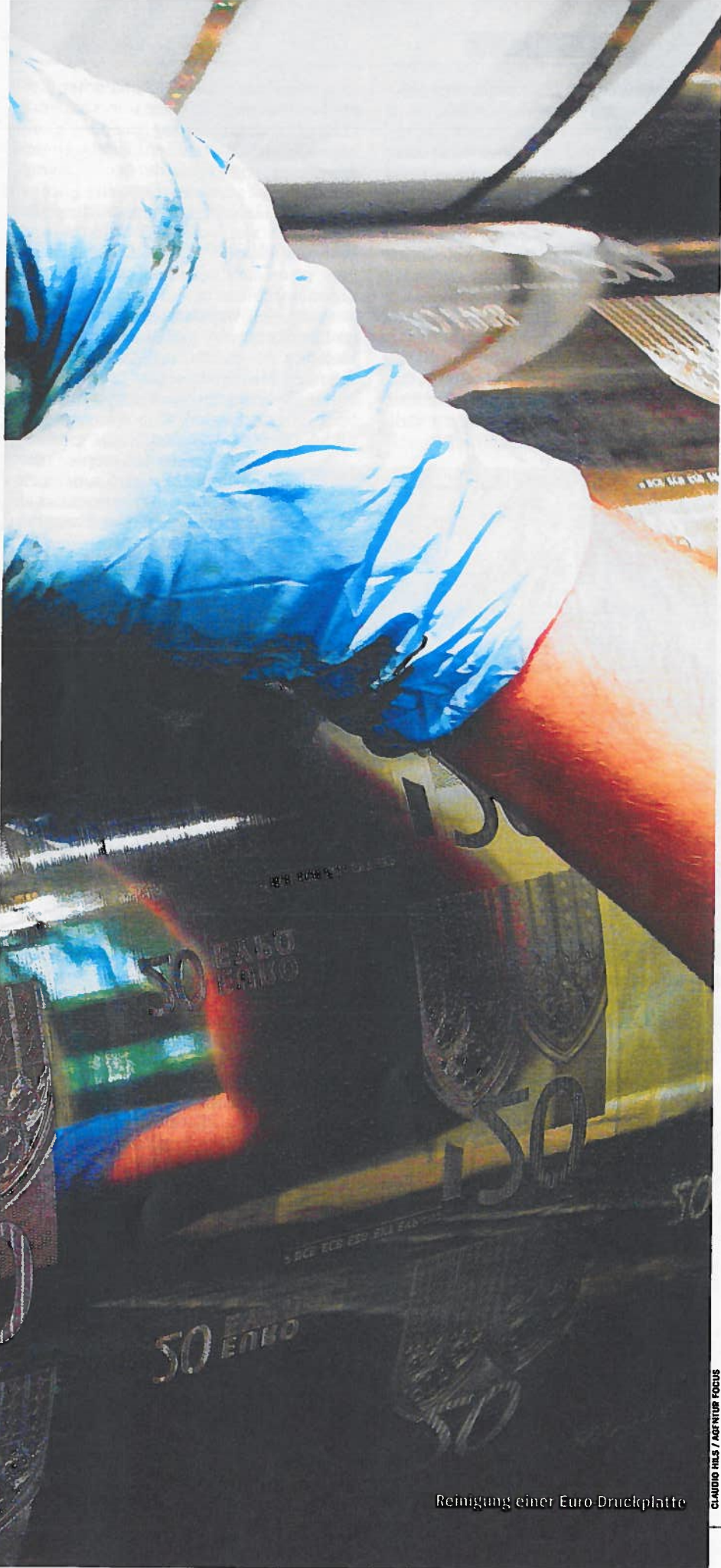




Eine Bombenidee

Wie kann es passieren, dass die Schulden eines kleinen Landes einen ganzen Kontinent ins Wanken bringen? Das griechische Drama legt offen, warum der Euro zur gefährlichsten Währung der Welt geworden ist: auf Schulden und Schwindel gebaut, ohne Fundament und Führung. Die Geschichte einer guten Idee, die zur Tragödie wird.





Reinigung einer Euro Druckplatte

Bevor Horst Reichenbach einen Fuß auf Athener Boden gesetzt hat, wissen die Griechen schon, wer da landet. Von „Horst Wessel“ haben sie in ihren Medien gelesen, vom „Dritten Reichenbach“ gehört, der mit seinem Team von „30 Gau-Leitern“ einmarschiere.

Die Taxifahrer am Flughafen streiken; vor dem Parlamentsgebäude stehen Hunderte von ihnen und rufen ihre Parolen; einer trägt ein T-Shirt mit der Aufschrift: „Ich brauche keinen Sex, die Regierung fickt mich jeden Tag“ – Horst Reichenbach merkt in den ersten Stunden, er ist in einem Notstandsgebiet gelandet.

Reichenbach ist Leiter der Task Force, die von der EU-Kommission nach Athen geschickt wurde, um „technische Hilfe“ zu leisten bei der Umsetzung nötiger Reformen, so heißt das im Brüsseler Jargon. Für griechische Medien ist die Task Force die Vorhut einer Invasionstruppe: Jetzt kommen die Bürokraten, um das schöne Griechenland in eine deutsche Kolonie zu verwandeln.

Reichenbach beschreibt es so: Neuordnung des Steuerwesens, Verschlinkung der Verwaltung, Beschleunigung der Privatisierung, Stärkung der Rechtssicherheit, Öffnung geschützter Berufsgruppen, Umgestaltung von Energie- und Gesundheitssektor, Abbau von investitionsfeindlichen Strukturen. Man müsse dabei „eher in Jahren rechnen als in Monaten“, sagt Reichenbach. Er war Vizepräsident der Europäischen Bank für Wiederaufbau und wollte eigentlich Ende Dezember in Pension gehen. Aber dann rief EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso an und schickte ihn auf diese Mission Impossible.

Seine Reise wird begleitet von flehenden Warnungen aus aller Welt, es ist so, als würden Amerikaner, Chinesen, Brasilianer, Inder ängstlich auf das kleine Land im Südosten Europas starren und eine Lösung herbeisehnen. Es ist so, als ob die US-Konjunktur und die Weltkonjunktur bestimmt werden von guten oder schlechten Nachrichten aus Athen.

In den ersten drei Tagen will Reichenbach ein knappes Dutzend griechische Minister treffen mit lauter schwierigen Namen, Papaconstantinou, Diamantopoulou, Xenogiannakopoulou, dazu Diplomaten, Oppositionsvertreter und weitere Akteure der griechischen Tragödie.

Auf dem Weg zum Finanzminister, im 6. Stock des Ministeriums, geht er vorbei an Bildern antiker Helden, hier ein brüchiger Kentaur, dort Ikarus im Sturzflug. Man kann jetzt überall böse Omen sehen, wenn man will, aber Reichenbach will Hoffnung verbreiten. Als Mutmacher ist er gekommen, auch wenn sein Optimismus in Sätzen gipfelt wie diesem: „Ich glaube ja, dass man Erfolg haben kann.“

Er ist der Vermittler zwischen dem einen Europa und dem anderen, zwischen

dem Norden und dem Süden. Der Euro war gedacht als Währung, die Europa zusammenwachsen lässt, aber die erste große Krise des Euro treibt den Norden und den Süden, die Mark-Wirtschaft und die Lire-Wirtschaft gegeneinander. Nicht genug, es gibt auch das Europa der zwei Geschwindigkeiten, hier das rasende Europa der Finanzmärkte und Banken, dort das hinterherhechelnde Europa der Regierungen und Parlamente. Und: Es gibt das Europa der zwei Wahrheiten. Die eine ist in Brüssel zu Hause, in Berlin und Paris, in den Machtzentralen; die andere in den Wohnzimmern und auf den Straßen europäischer Städte.

In den Kanzler- und Präsidentenbüros weiß man, wie es um den Euro steht, aber die Kanzler und Präsidenten meinen, dieses Wissen sei den Bürgern nicht zuzumuten. Sie wollen seit anderthalb Jahren nur Zeit gewinnen, aber sie verkennen, dass die Regierten sich fragen, wofür die Regierenden eigentlich Zeit gewinnen wollen.

So ehrbar es ist, dass Horst Reichenbach und seine 30 Nationbuilder in Athen für Ordnung sorgen sollen – 350 Milliarden Euro Staatsschulden werden sie nicht wegorganisieren. Wie man sie in den Griff bekommt, ohne das europäische Projekt zu ruinieren, ist die dringlichste Frage dieser Wochen. Nach 20 Jahren versäumter Entscheidungen, mutloser Reformen, aufgeschobener Taten haben nicht die Bürger, sondern die Märkte das vereinte Europa in ein Endspiel um den Euro gezwungen. Wie hat dieses Geld eine Zukunft? Besteht die Gefahr, dass Griechenland nur der erste Dominostein in einer Reihe ist, an deren Ende Deutschland steht? Ist die Euro-Zone eine Fehlkonstruktion?

Ein Team von SPIEGEL-Reportern ist diesen Fragen in Brüssel, Luxemburg, Athen, Berlin und anderswo nachgegangen. Es rekonstruiert Aufstieg und Fall einer Währung, die nur überleben kann, wenn in den nächsten Monaten nachgeholt wird, was in zwei Jahrzehnten versäumt worden ist.

I. Akt: Die Geburt des Euro (1991 bis 2001)

Warum schon in der Gründungsphase die Fehler gemacht werden, die den Euro später bedrohen. Wie sich Griechenland und andere Staaten in die Währungsunion schummeln. Warum der Euro eine

Billionenwette von Staatsmännern gegen die Märkte ist – die platzen wird.

Wer verstehen will, warum der Euro den Kontinent erzittern lässt, muss sich die Mühe machen, die Zeit um 20, 25 Jahre zurückzudrehen.

Das visionäre, tollkühne Projekt einer gemeinsamen Währung unterschiedlicher Staaten und Völker ist nicht zu verstehen ohne Erinnerung daran, dass in den späten achtziger Jahren die Berliner Mauer fiel, dass die Welt damals noch in dem Gefühl lebte, der Zweite Weltkrieg sei noch nicht sehr lange vergangen, dass Europa darüber diskutierte, ob Deutschland nun wieder eine Gefahr darstelle oder nicht.



Task-Force-Leiter Reichenbach in Athen: Einmarsch von „Horst Wessel“

Jacques Delors ist der beste Zeitzeuge, wenn es um diese Dinge geht, er war zehn Jahre lang Präsident der EU-Kommission, er war der federführende Autor des Maastricht-Vertrags, der die Grundzüge des Euro festlegte. Nun muss er sich jeden Tag anhören, wie schlecht seine Arbeit war, wie illusorisch die Vision einer gemeinsamen Währung. Aber er will davon nichts wissen. Wäre es allein nach ihm gegangen, sagt er, wäre Europa viel besser gerüstet gewesen, wäre einheitlicher verfasst, würde zentralisiert regiert von einer Kommission, deren Arbeit nicht dauernd im Rat der Staats- und Regierungschefs zerredet würde.

Delors wollte immer weitergehen als die Politik-Elite, mit der er es zu tun hatte. Sie war damals – anders als heute, sagt er – durchgehend mit überzeugten Europäern bestückt, Mitterrand und Kohl, Lubbers in den Niederlanden und Silva in Portugal. Aber auch die wagten es nicht, ihre Länder so zu verzahnen,

dass von einer echten europäischen Koordination die Rede hätte sein können.

Der Maastricht-Vertrag, mit dessen Unterzeichnung 1992 die Europäische Union überhaupt erst gegründet wurde, hätte alles möglich gemacht. Er stellte Europa auf „drei Säulen“, deren erste die wirtschaftliche war samt „Wirtschafts- und Währungsunion“. Der gesetzliche Rahmen war damit gegeben, auch eine gemeinsame Finanzpolitik wäre denkbar gewesen, die Verständigung über eine abgestimmte Steuer- und Zinspolitik. Aber es fehlte der politische Wille, den Rahmen von Maastricht auszufüllen.

Die „Vereinigten Staaten von Europa“ blieben eine Floskel für Sonntagsreden, und doch sollte – mit dem Euro – ein Faktum geschaffen werden, das nicht mehr zurückzunehmen war, eine Art europäischer Urknall, dem eine Evolution folgen und in deren Verlauf sich alle Detailfragen klären sollten.

Und es ging, das vielleicht vor allem, um politische Symbolik. Griechenland, sagt Delors, habe er selbst immer als sehr fern empfunden, als eigen, sogar fremd. Die Aufnahme des Landes sei in jedem Fall viel zu früh gekommen. Aber damals, in den neunziger Jahren, stellten sich Politiker vor Mikrofone und sagten, Europa sei ohne Athen, ohne die „Wiege der Demokratie“, nicht denkbar. Und auch Portugal, mit seiner Nelkenrevolution, hätte es verdient, dabei zu sein. Und den Iren, so lange geschunden von der britischen Krone, musste aufgeholfen werden. Und wer hätte, nur aufgrund von hohen Lohnstückkosten und Inflationsraten, Italien die Tür weisen wollen?

So taten sich, als die Euro-Zone Wirklichkeit wurde, Elefanten wie Deutschland und Frankreich zusammen mit Mäusen wie Portugal, Irland und Luxemburg. Stabile, wohlhabende Länder des Nordens teilten ein gemeinsames Geld mit wackeligen, unterentwickelten Nationen des Südens, ausgeformte Industriestaaten mit halben Entwicklungsländern und, auch das, strenge Protestanten mit lebensfrohen Katholiken.

War die Annahme überhaupt vernünftig, dass dieser künstliche Binnenmarkt nun automatisch stärker wachsen würde? Nur weil ein paar Zölle wegfielen? Und weil mit einem anderen Geld die Kosten für die Wirtschaft sanken?

Die Versprechen des Euro waren, im Vertrag von Maastricht fixiert: eine Währung, die Europa stark macht im globalen

Wettstreit; die die europäischen Volkswirtschaften einander annähert; die die Staaten verpflichtet, Schulden und Defizite zu begrenzen; die garantiert, dass kein Staat für die Schulden eines anderen haftet; die die politische Einheit fördert.

Details würde man unterwegs klären.

Die Griechen nutzen ihre Chance

In Griechenland nährte der Euro die Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Im Oktober 1993 wurde der Sozialdemokrat Andreas Papandreou als Ministerpräsident wiedergewählt, und im Kabinett der neuen Regierung, sagt der damalige Finanzminister Jannos Papantoniou heute, sei man schnell zu der Auffassung gelangt, dass ein Beitritt Griechenlands zur Währungsunion die einzige Chance sei, die griechischen Finanzprobleme zu lösen.

Das Land war damals schon weit über seine Möglichkeiten verschuldet. Die Verbindlichkeiten des Staates lagen über der realen Wirtschaftskraft, ihre Summe entsprach 114 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die Drachme verlief rasant an Wert, Athen kämpfte mit über 14 Prozent Inflation, die Wirtschaft schrumpfte.

Jeder Ökonom hätte erkennen können: Griechenlands Wirtschaft war nicht wettbewerbsfähig, sie glich der eines aufstrebenden Entwicklungslandes. Ihre wesentlichen Säulen waren Olivenöl und Joghurt, Schifffahrt und Tourismus, das Land schien, ohne Anstoß von außen, nicht fähig, daran grundsätzlich etwas zu ändern. Der Euro und sein Regime sollten nötige Reformen erzwingen, sie sollten vor allem die Kreditbeschaffung erleichtern. Der Euro-Beitritt wurde Finanzminister Papantoniou's Auftrag.

Er nutzte jede Gelegenheit, an den Anspruch Griechenlands zu erinnern. Als sich die EU-Finanzminister im April 1997 in Brüssel trafen, um schon über das Aussehen des neuen Geldes zu diskutieren, warb Papantoniou dafür, nicht nur lateinische Buchstaben auf die Münzen zu prägen, sondern auch griechische. Deutschlands damaliger Finanzminister Theo Waigel lehnte barsch ab. Griechenland sei nicht in der Position, Forderungen zu stellen, sagte er. Und an Papantoniou gewandt: „Ihr seid nicht dabei, und ihr werdet auch nicht dabei sein.“

Später kamen sich die Minister näher, Papantoniou schlug Waigel eine Wette vor: Griechenland werde den Euro bekommen. Und es sollte nur ein paar Jahre dauern, bis diese Wette gewonnen war.

Waigel, der die Aufnahme Griechenlands in der „Süddeutschen Zeitung“ vor einigen Wochen als „Todsünde“ bezeichnete, habe sich zu einem Griechenland-Fan entwickelt, sagt Papantoniou. „Waigel war es, der uns in den Euro gebracht hat“, sagt er. „Es ist absolut nicht wahr, dass er ein Gegner unseres Euro-Beitritts war.“

Das vorläufige Nein zu Griechenland ist in Wahrheit ein Ja mit Zeitzähler. Bei der nächsten Prüfung ihrer Zahlen, so haben die Deutschen und andere Regierungen den Griechen signalisiert, würden sie Euro-tauglich sein.

Den Vorwurf, sein Land habe sich mit gefälschten Zahlen den Beitritt zur Euro-Zone erschlichen, wischt der griechische Finanzminister jener Jahre weg mit dem

wirtschaftsleistung dramatisch weit über der in Maastricht vereinbarten Verschuldungsgrenze von 60 Prozent. Auch Belgien verstieß massiv gegen Vorgaben. Aber nun war die Lage, obwohl ökonomisch im Fluss, politisch schon verfestigt. Es gab, nach Jahren der Debatte, der Ankündigungen, der mehr oder minder historischen Reden auf den Euro kein Zurück mehr.

Bundesbankchef Tietmeyer sah damals mit Sorge, dass die Europäer im Jahr 1998, beseelt von der Größe ihres Projekts, die endgültige Prüfung, ob überhaupt genügend Staaten die Voraussetzung für den Euro erfüllten, aus den Ablaufplänen der Währungsumstellung gestrichen hatten. Der Euro würde kommen, am 1. Januar 2002, und fast muss es schon hier heißen: Koste es, was es wolle.

Tietmeyer trug in der vermeintlich entscheidenden Sitzung der Bundesregierung seine Bedenken gegen einige Euro-Kandidaten vor, aber die hatten keinen Einfluss mehr. Tatsächlich stand das Ergebnis der Sitzung bereits vorab fest und war sogar schon schriftlich formuliert.

Helmut Kohl, ein durchaus romantischer Europäer, ein Mann aus der Denkschule des „Nie wieder Krieg!“, wollte diesen historischen Entschluss. Der Mantel der Geschichte knatterte, und der Kanzler sagte, wie Tietmeyer sich erinnert, feierlich: „Möge in 50 Jahren der

Rückblick auf den Euro ebenso positiv ausfallen wie heute bei der D-Mark.“

Es geht damals, in jenen späten neunziger Jahren, ständig um Zahlen und Daten. Jahr für Jahr laufen die Medien heiß, um darüber zu wachen, ob die künftigen Euro-Länder die jährliche Neuverschuldung bei unter drei Prozent der Wirtschaftsleistung halten können. Man interessiert sich jetzt für Inflationsraten und Schuldenstände, weil es die Kriterien von Maastricht gibt. Es gibt jetzt klare Vorgaben, und es gibt in Europa sogar eine Zentrale, die Zahlen und Daten sammelt, abgleicht und auswertet: Eurostat.

Die Behörde in Luxemburg, 1953 als Zahlenlieferant der Montanunion gegründet, wird wichtiger mit dem Euro-Projekt. Politiker mögen ihre Visionen haben, am Ende aber brauchen sie harte Zahlen, sonst gehen die schönen Argumente aus. Das ist die Aufgabe von Eurostat: Anlaufstelle zu sein für die Statistiken, Zahlen, Datenkolonnen aus allen Ländern der Union. Sollte sich ein Berechnungsfehler irgendwo eingeschlichen haben,



Unterzeichnung des Maastricht-Vertrags*: Eine Art europäischer Urknall

Satz: „Wir haben nichts anderes gemacht als alle anderen Länder.“

Die Trickserie der Euro-Kandidaten

Tatsächlich bestätigt Hans Tietmeyer, damals Präsident der Bundesbank, in seinem Buch „Herausforderung Euro“, dass es in einigen Ländern „fragwürdige Schönheitsoperationen gegeben“ habe, um Daten über Inflationsraten, Staatsschulden und Preisentwicklung an die Euro-Vorgaben anzupassen. Auch die Kohl-Regierung ließ erst nach Wochen aufgeregter Debatten vom Plan ab, die deutschen Haushaltszahlen durch eine trickreiche Höherbewertung der Goldreserven des Bundes aufzufrischen. Andere Länder hatten noch mehr Anlass zur kreativen Buchführung.

Italien lag mit einer Staatsverschuldung von 115 Prozent gemessen an der Gesamt-

* Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und Bundesfinanzminister Theo Waigel am 7. Februar 1992 in Maastricht.

eine Ungereimtheit, dann schreiben die Eurostat-Mitarbeiter einen höflichen Brief, bitten um Aufklärung, mehr nicht.

Eurostat gehört zur EU-Kommission, es ist eine Art behördlicher Dienstleister in Sachen Statistik, in Luxemburg wird erfasst, wie viel Verpackungsmüll in Europa anfällt und wie viele Fische gefangen werden, es geht um die Größe von Milchseen und Butterbergen, nun aber geht es um alles oder nichts: Erfüllen die Euro-Kandidaten die Kriterien? Oder erfüllen sie sie nicht?

Das Einsammeln der Daten ist jedem EU-Land selbst überlassen, man vertraut einander unter Europäern, in jedem Staat gibt es ein unabhängig agierendes Statistisches Amt, all das ist geklärt. Was nicht geklärt ist: Wenn die Daten in Luxemburg zusammenfließen und wenn Eurostat Verfehlungen feststellt, Überschreitungen – welche Ebene, welche Stelle, welches Gremium setzt Sanktionen durch?

Schröder und Eichel erben den Euro

Deutschland erregt sich noch über andere Themen. Nach 16 Jahren Kohl-Regierung gewinnt Rot-Grün 1998 die Wahlen, es herrscht viel Aufbruchstimmung und wenig europäische Euphorie. Für den neuen Bundeskanzler Gerhard Schröder ist der Euro keine Frage von Krieg und Frieden mehr. Flapsig nennt Schröder das neue Geld eine „kränkelnde Frühgeburt“.

Auch für seinen Finanzminister Hans Eichel ist der Euro keine Herzensangelegenheit. Er hat ihn schlicht vorgefunden. Und in der Rückschau, sagt er heute, hatte die ganze Konstruktion einer Einheitswährung einige Fehler. Die Klausel etwa, verschuldeten Staaten nicht beistehen zu dürfen („No-Bail-Out“-Klausel), war „ein zentraler Denkfehler“, und dabei war sie ein Zugeständnis an die Deutschen: Die wollten sicherstellen, dass im Krisenfall kein deutsches Geld fließen muss.

Eichel versteht bis heute den Sinn des Versprechens nicht. Es gab und gibt Hilfsprogramme für Länder wie Ungarn, Lettland oder Rumänien, die nicht zum Euro-Raum gehören, „aber in der Euro-Zone selbst darf die EU nicht helfen“. Dabei liege die Hilfe für schwächere Länder doch auch im Interesse der starken, sagt Eichel. „Wenn wir denen nicht helfen, ihre Wirtschaft zu stärken, können sie unsere Waren nicht kaufen.“

Und natürlich war der Euro immer auch eine politische Währung, sagt Ei-

chel: Spanien, Portugal und Griechenland waren sämtlich ehemalige Militärdiktaturen, die erst Mitte der siebziger Jahre zur Demokratie zurückgefunden hatten. Die starke Einbindung in Europa sei auch als Maßnahme zur Festigung der Demokratie verstanden worden.

Griechenlands Demokratie bekommt das gewünschte Testat im Jahr 2000. EU-Kommission und Europäische Zentralbank bescheinigen dem Land, in den beiden zurückliegenden Jahren ordentlich aufgeholt zu haben. Die EZB warnt vor der hohen Verschuldung Griechenlands, dennoch empfiehlt die Kommission die Aufnahme in die Gemeinschaftswährung. „Griechenland hat auf einem langen und schwierigen Weg einen erfolgreichen



Euro-Gründungsvater Delors: „Planlose Feuerwehrleute“

Konvergenzprozess hinter sich“, lobt Finanzminister Eichel im Bundestag.

Griechenlands Finanzminister Papanтониou ist am Ziel. Er gewinnt seine Wette gegen Theo Waigel. Griechenland wird Euro-Land.

Was bedeutet, dass die europäischen Verträge das Papier nicht wert sind, auf das sie gedruckt wurden. Die Staatsverschuldung Griechenlands liegt nicht bei 60 Prozent der Wirtschaftsleistung, wie als Maximum vorgeschrieben, sondern bei über 100 Prozent. Und schon damals gab es Zweifel an den offiziell aus Athen gemeldeten Zahlen.

Auf die Idee, ein Sondergutachten bei der Bundesbank einzuholen, wie es zu seinen Amtszeiten Theo Waigel für Belgien und Italien machen ließ, kommt Hans Eichel nicht. Alle Entscheider verfahren nach der Maßgabe: Je mehr Länder in der Euro-Zone, desto besser, desto mehr können, wie Eichel sagt, „unsere Waren kaufen“. Auch die große Mehrheit

der CDU- und FDP-Abgeordneten befürwortet die Aufnahme Griechenlands.

Die Kritiker des Euro

Es gibt Gegenstimmen, draußen in der Gesellschaft, in Deutschland zumal, wo die D-Mark viel mehr ist als einfach nur ein Zahlungsmittel. Die neunziger Jahre sind ein Jahrzehnt des Zanks über den Euro.

So schließen sich beispielsweise 62 Professoren zusammen und warnen, 1992, vor der Einführung des Euro. Sie fürchten, die Währungsunion werde, so wie sie konstruiert war, „Westeuropa starken ökonomischen Schwankungen aussetzen, die in absehbarer Zeit zu einer politischen Zerreißprobe führen können“.

Eine gemeinsame Währung könne ohne eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik nicht funktionieren. Die Politiker sehen das anfangs genauso. Eine Währungsunion ohne politische Union sei abwegig, hatte Helmut Kohl im November 1991 im Bundestag gesagt.

Und auch das Volk bockt. 60 Prozent sind gegen den Euro. Sie fürchten, am Ende für die Schulden anderer Länder zahlen zu müssen.

Schließlich siegt der politische Wille über die ökonomischen Einwände. Bundestag und Bundesrat machen im April 1998 den Weg frei für die letzte Stufe der Währungsunion. Nur Sachsen unter seinem Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf enthält sich im Bundesrat der Stimme.

Wenn sich danach ein Amtsträger gegen den Euro meldet, ist die Aufregung gleich riesengroß, in ganz Europa. Hans Reckers, dem Präsidenten der Hessischen Landeszentralbank, ergeht es so, als er es wagt, Bedenken öffentlich zu äußern.

Reckers gehörte damals zum Leitungsgremium der Bundesbank. Im April 2000 tritt er im Konferenzsaal seiner Landesbank vor ein paar Fachjournalisten, redet über dieses und jenes, und am Ende räuspert er sich und spricht einen Satz:

„Griechenland ist meiner Meinung nach keineswegs reif für die Währungsunion, der Beitritt muss um mindestens ein Jahr verschoben werden.“

Es dauert etwa 20 Minuten, bis die ersten Agenturmeldungen versendet werden, es dauert weitere fünf Minuten, bis es an der Athener Börse zu Kursabstürzen kommt und die griechische Zentralbank die Drachme mit Stützungskäufen vor dem Verfall bewahren muss. Eichel ruft den damaligen Bundesbank-Chef

Ernst Welteke an, Welteke ruft Reckers an. Ihm wird der Mund verboten. Aber von den 15 Bankern im Leitungsgremium der Bundesbank, behauptet Reckers, waren damals alle 15 der Meinung, dass der Griechenland-Beitritt ein Fehler sei.

Ein Fehler, sagen manche, den man verschmerzen wird, weil Griechenland so klein ist.

Ein dramatischer Fehler, sagen andere, unterschätzt nicht die Macht der Finanzmärkte.

Und kultiviert und halblaut, meist beim Mittagessen im Nebenraum des Konferenzraums, hoch oben im 12. Stock der Bundesbank, schimpfen die Herren auf die Politik, die den Griechen einen „Maastricht-Rabatt“ einräumt, und sie finden das Tempo der Euro-Erweiterung gefährlich, nur leider finden diese Gespräche immer nur im Vertraulichen statt, an den Vierertischen des Bundesbank-Restaurants oder am polierten Konferenztisch. Die Banker sind alarmiert, aber sie halten still. Auch sonst gibt es kaum jemanden von Gewicht, der die Verantwortung übernimmt, die schöne Idee des Euro der hässlichen Realität gegenüberzustellen.

So werden am 1. Januar 2002 wirklich in zwölf Ländern Lire, Drachmen, Mark, Gulden und Schilling gegen die neuen Euro-Scheine und Münzen getauscht, die Bürger des neuen Euro-Europas stürmen die Geldautomaten.

Im Schatten der Anfangseuphorie kommen die wahren Probleme nicht zur Sprache. Die zwölf neuen Euro-Staaten haben ihre Verschuldung in den fünf Vorbereitungs-jahren des Euro – allen Absichtserklärungen von Maastricht zum Trotz – um mehr als 600 Milliarden Euro nach oben getrieben. Sie sind Ende 2002 mit zusammen 4,9 Billionen Euro verschuldet, Italien allein mit 1,3 Billionen.

Die wachsende Verschuldung sorgt die Regierungschefs nicht. Ihre Strategie heißt Hoffnung, und sie vertrauen auf die Kraft des Wachstums: Die Dynamik der Volkswirtschaften werde die Steuereinnahmen schon sprudeln und die Verschuldung sinken lassen. Und wenn nicht, dann vererbt man die Schulden eben dem politischen Nachfolger und der nächsten Generation. Aber der Euro werde es schon richten.

Die Skepsis der Amerikaner

Jenseits des Atlantiks beugen sich Amerikas Ökonomen über Europas Pläne, die ihnen vorkommen wie nicht zu Ende ge-

dacht, „zu groß geplant“, sagt Finanzökonom Kenneth Rogoff, ein Harvard-Professor mit Nickelbrille, Berater von US-Präsidenten und Regierungen in aller Welt. Sein Büro liegt im Littauer Building am Rand des gepflegten Campus von Cambridge, Massachusetts, es ist ein Bau mit einem antiken Säulenportal.

Als der Euro echtes Geld wurde, hatte Rogoff gerade den Posten des Chefökonom des Internationalen Währungsfonds (IWF) angetreten; als der Euro in den neunziger Jahren Gestalt annahm, lehrte er in Princeton. Er teilte die Meinung seiner Kollegen in den USA, dass der Euro „zu unbescheiden“ angelegt war.

Es war offenkundig, dass eine Währungsunion beschlossen war, ohne dass

schuldung auf höchstens 60 Prozent der Gesamtwirtschaftsleistung eines Landes festzulegen habe sich als genialer Wurf erwiesen.

„Das war damals neu“, sagt Rogoff, „es war eine große Erkenntnis.“ Das Problem war nur, auch das sollte sich schnell erweisen, dass die Europäer die eigenen Ideen gern verrieten.

II. Akt: Das Leben mit dem Euro (2001 bis 2008)

Wie der Euro die Pumpwirtschaft der Staaten anheizt. Woher sich Griechenland seine Milliarden holt. Wie das Wachstumswunder ausbleibt. Wie die Deutschen die Regeln der EU verraten und zum Euro-Gewinner werden.



„Tag des Euro“ in Luxemburg 2002: Romantisch, realitätsblind

Die neue Entschlossenheit der Europäer, ihr spürbarer Wille, das historische Projekt zum Erfolg zu machen, wird belohnt. Banken, Pensionsfonds, Großanleger aus aller Welt beginnen sich für dieses neue Europa zu interessieren. Staatsanleihen Portugals und Irlands, verkoppelt mit französischer Wirtschaftskraft und deutscher Verlässlichkeit, sehen plötzlich aus wie risikoorne, vernünftige Zukunftsinvestitionen. Es ist die Zeit, in der die Finanzwirtschaft ihre neuen Zauberkünste entwickelt.

Klärwerksbetreiber in Schwaben, Stadtverwaltungen in Spanien, Dörfer in Portugal, Provinzbanken in Irland lassen sich mit Wall-Street-Bankern und Fondsmanagern aus London ein, die Profite versprechen, indem sie Schulden in handelbare Wertpapiere verwandeln. Und während sich die Zentralregierungen darum bemühen, ihre Staatshaushalte nach den Maastricht-Vorgaben zu deckeln, laden sich die Kommunen Verbindlichkeiten auf, die auf europäischer Ebene nirgends erfasst, nirgends verbucht werden.

Es wäre damals, als die Kredite in der Hoffnung auf die Segnungen des Euro fröhlich sprudelten, möglich gewesen, sagt Rogoff, Rücklagen zu bilden, Vorsorge zu treffen. Aber Rogoff hat den Menschen studiert, sehr häufig am Schachbrett und in zahllosen Dokumenten der Wirtschaftsgeschichte aus 800 Jahren*. „Es ist sehr schwierig, das Geld zusammenzuhalten, wenn es einfach da ist“, sagt er.

es eine politische Union gegeben hätte, und damit keine Möglichkeiten einer Zentralregierung, schnell auf Probleme im Währungsraum zu reagieren.

Rogoff konnte beobachten, dass sich zwischen den Ökonomen ein transatlantischer Graben auftat. Amerikaner und Westeuropäer, die sonst in wesentlichen Fragen der Makroökonomie mehr oder minder übereinstimmten, stritten sich plötzlich bis an den Rand der Beleidigung. Die Europäer warfen ihren Kollegen in Übersee vor, die historischen Vorgänge nicht zu begreifen, die große Vision, den Sprung nach vorn. Die Amerikaner, pragmatisch und trocken, hielten den Kollegen vor, die Risiken kleinzureden, sie fanden die alte Welt, wieder einmal, romantisch, realitätsblind.

Im Werk der EU- und Euro-Architekten fand Rogoff gute Einfälle. Das Schuldenkriterium von Maastricht etwa sei eine brillante, gültige Idee bis heute, sagt Rogoff. Die Obergrenze der Staatsver-

* Carmen Reinhart/Kenneth Rogoff: „Dieses Mal ist alles anders: Acht Jahrhunderte Finanzkrisen“. FinanzBuchverlag, München; 592 Seiten; 34,90 Euro.

Politiker haben ein lässiges Verhältnis zur Verschuldung, und sie haben gute Gründe dafür. Sparsamkeit zahlt sich nicht aus für Politiker, sie machen Schulden, weil es nicht belohnt wird, keine zu machen. Billige Kredite waren überall zu haben, es war leicht, ihre Rückzahlung in eine ferne Zukunft zu verschieben, die Staatsausgaben zu refinanzieren, es war sogar leicht, sie auszuweiten.

Damals schon tat sich eine Lücke des Maastricht-Vertrags auf. Rogoff sagt, dass die 60-Prozent-Schuldenregel dringend hätte ergänzt werden müssen. Es sei falsch gewesen, nur rein quantitativ festzulegen, dass im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung 60 Prozent Schulden angehäuft werden dürften, ohne danach zu fragen, wo die Kredite eigentlich herkamen.

Es wäre nötig gewesen, sagt Kenneth Rogoff, den Anteil der Auslandsverbindlichkeiten an den jeweiligen Staatsschulden zu begrenzen. Solche Schulden führen auf Dauer – und erst recht im Moment einer Wirtschaftskrise – zu unguter Abhängigkeit von der Windrichtung auf den Märkten.

Tatsächlich finanzierten sich die Staaten im Übermaß bei ausländischen Geldgebern, besonders gern bei europäischen Großbanken. Sie häuften an, was die Wissenschaft „externe“ Schulden nennt. So kaufte die Deutsche Bank griechische Schuldtitel, die Société Générale investierte in spanische Anleihen, Pensionskassen aus Amerika und Japan kauften europäische Staatspapiere. Die waren zwar nicht sonderlich gut verzinst, aber dafür bargen sie auch kein Verlustrisiko, so schien es. Aber in dieser Zeit werden die monetären Beziehungen geknüpft, die Griechenland zu einer Geldbombe machen, die Jahre später die gesamte Euro-Zone bedrohen wird.

Rogoffs Zweifel am Euro-Projekt waren übermächtig: Um Italien fit aussehen zu lassen für die Währungsunion, sagt er, hätten sich die Euro-Macher darauf eingelassen, sogar den Schwarzmarkt des Landes zur realen Wirtschaftsleistung irgendwie hinzuzurechnen, „und das ist natürlich ein Witz“.

Und jeder wusste, dass Griechenland weit davon entfernt war, die Maastricht-Kriterien zu erfüllen. Das Land lag in seiner Entwicklung 50, vielleicht 100 Jahre hinter den modernen Industrienationen zurück, Griechenland war Entwicklungsland, sagt Rogoff, und die Annahme, der Euro könne den Rückstand im Eil-

tempo verschwinden machen, sei Irrsinn gewesen.

Die Griechen kommen nun viel zu billig an neues Geld, zu Zinssätzen, die nur knapp über jenen liegen, die der deutsche Staat für Anleihen zahlen muss. „Der Euro war eine Art Paradies“, sagt Griechenlands damaliger Finanzminister Janinos Papantoniou.

Die Südländer Europas hätten nach dem Euro-Beitritt die Anstrengungen eingestellt, ihre Haushalte weiter zu sanieren, sagt Papantoniou. Aus den Ländern Nordeuropas floss das Geld auch ohne Anstrengungen, der öffentliche Sektor Griechenlands nahm Kredite auf, als gäbe es kein Morgen mehr – und das ging nur, weil sich das Land mit dem Euro

wickelt, um an diesem Markt nennenswert teilzunehmen. Das ändert sich nun, als feststeht, dass die Griechen in die Euro-Zone vorgelassen werden.

Normalerweise ist der Handel mit Anleihen ein unspektakuläres Geschäft. Laufen die fünf- oder zehnjährigen Papiere aus, gibt der Staat neue aus, er refinanziert sich, er „rollt“ seine Schulden, zu Zinsen wie vorher, ein bisschen höher, ein bisschen niedriger, je nach Marktlage. Schwierig wird es, wenn sich der Ruf des Staates verschlechtert, wenn er so regiert wird, dass Anleger Zweifel bekommen, ob sie ihr Geld zurückerhalten werden.

Der Mangel an Vertrauen macht es schwieriger, neue Staatsanleihen loszuwerden, der Staat muss die Rendite erhöhen, er muss den Anlegern mehr Zinsen bezahlen. Zinsen von sechs Prozent aufwärts gelten als alarmierend, Zinsen von zehn oder mehr Prozent heißen: Dieser Staat treibt in den Bankrott.

Die Griechen gründen eine Schuldenagentur

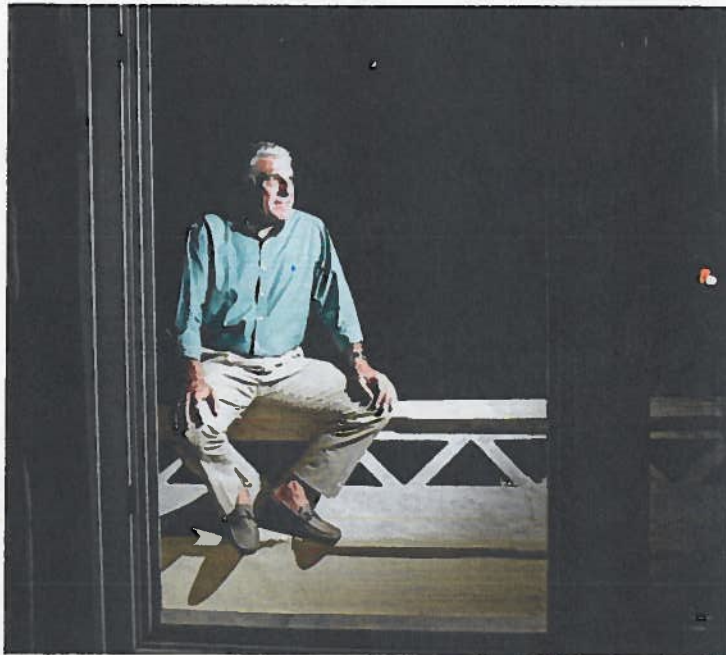
Die sozialistische Regierung in Athen etabliert im Jahr 1999 eine „Schuldenagentur“, zu deren Leiter Christoforos Sardelis berufen wird. Der promovierte Wirtschaftswissenschaftler hat während der griechischen Militärdiktatur in Stockholm gelehrt, nun scharf er zwei, drei Dutzend Mitarbeiter um sich.

Zum ersten Mal wird versucht, auch ausländische Anleger zu gewinnen, für

größere Volumen und längere Laufzeiten – die Botschaft ist: „Kauft einen attraktiven Schuldtitel aus der Europäischen Union.“

Er habe ganz Europa beackert, mit allen Fonds gesprochen, erinnert sich Sardelis, er ist heute 61 und sitzt im Vorstand des größten griechischen Privatversicherers Ethniki. „Unsere Aufgabe war es, auf die bestmögliche Art Geld zu beschaffen.“

Bei mancher Staatsauktion verkauft Griechenland bald auf einen Schlag Obligationen im Wert fünf Milliarden Euro und mehr, es gibt, sagt Sardelis, ab 2001 „riesige Nachfrage aus ganz Europa“, auch aus Japan oder Singapur. Alles läuft so gut, dass Sardelis Fachleute der Deutschen Bank abwerben kann, Griechenland ist en vogue, irgendwie „in“. In Wirklichkeit versteigern die Griechen ihre eigene Zukunft – und merken es nicht. Sie sehen im Euro-Beitritt das Ziel, obwohl er erst ein Start ist.



Ex-Finanzminister Papantoniou: „Der Euro war eine Art Paradies“

auch Deutschlands Glaub- und Kreditwürdigkeit geliehen hatte.

Der Handel mit Staatsschulden funktioniert im Grunde nicht viel anders als der mit Aktien eines Konzerns. Wie ein Betrieb, der große Investitionen plant, Anteilsscheine verkauft, um sich das nötige Geld zu besorgen, so suchen sich Staaten ihre „bondholders“.

Jeder, der sich einen Bundesschatzbrief kauft, gibt der Bundesrepublik Deutschland Kredit. Und folglich hat bei ihm der deutsche Staat Schulden, die je nach Laufzeit des Wertpapiers zurückgezahlt werden. Im großen Spiel der Weltfinanz kaufen Investoren Schuldtitel in Tranchen von 10 oder 50 Millionen, das Geschäft findet auf Auktionen statt, bei denen die Zinssätze verhandelt werden, die der Staat zahlen muss.

Es ist ein komplexes Gewebe aus Fälligkeiten und laufenden Verbindlichkeiten, und bis zum Jahr 2000 ist Griechenland zu uninteressant und zu unterent-

Noch im Frühjahr 2003 liegt die Verzinsung griechischer Anleihen nur um 0,09 Prozentpunkte über vergleichbaren deutschen Bonds, das heißt im Klartext: Die Märkte hielten damals Griechenland mit seiner Wirtschaft aus Oliven und Joghurt, Schiffen und Touristeninseln für ebenso kreditwürdig wie den hochindustrialisierten Exportweltmeister Deutschland. Warum? Weil beide Länder nun dieselbe Währung haben und weil die Märkte, wie der Chef des deutschen Bankenverbandes später sagen wird, nie an die „No-Bail-out“-Klausel des Maastrichter Vertrages geglaubt haben.

Man habe darauf vertraut, dass „im Ernstfall die starken die schwachen Staaten stützen werden“, weil der laxer Umgang der Euro-Politiker mit ihren Regeln das früh signalisiert habe. Wer damals im großen Stil Greek-Bonds kaufte, wettete darauf, dass sich Europas Staatsmänner im Krisenfall selbst untreu würden.

Sardelis behauptet, er habe die aufkommenden Probleme gesehen und davor gewarnt. Er spricht heute von der immer weiter um sich greifenden „Illusion, die Währungsunion könnte unsere Probleme lösen“. Aber statt ernsthafte Reformen der griechischen Staatsfinanzen anzustrengen, sei ein „Rückfall in alte Mentalitäten“ festzustellen gewesen. Statt zu sparen, wurde verlangt, „so viel Geld wie möglich zu beschaffen“.

Stets frisches Geld in der Haushaltskasse, die Olympischen Spiele vor der Tür, Aufbruchstimmung auf jeder Insel – all das verstellte den Verantwortlichen den Blick auf die Realitäten, meint Sardelis: „Das Land fiel in Lethargie und Faulheit.“

Deutschland hebt den Vertrag aus

Im Jahr 2002 hat die deutsche Bundesregierung anderes zu tun, als in griechische Haushaltsbücher zu schauen. Sie gerät selbst in Schwierigkeiten. Die EU-Kommission droht, einen Blauen Brief nach Berlin zu schicken. Die Neuverschuldung liegt voraussichtlich über Plan und der erlaubten Obergrenze von drei Prozent. Was folgt, sind nicht deutsche Disziplin und vorbildliches Europäertum, sondern ein sich über zwei Jahre hinziehender Abwehrkampf der Regierung Schröder gegen die schlechten Zeugnisse aus Brüssel.

Innerhalb der EU-Kommission gibt es wenige, die ihre Kritik an der Aufweichung der Maastricht-Regeln äußern. Ei-

ner von ihnen ist der Niederländer Frits Bolkestein, er hat Mathematik, Physik, Jura, Wirtschaft und Altgriechisch studiert, eine steile Karriere beim Shell-Konzern absolviert, von 1999 bis 2004 ist er in der EU-Kommission für Binnenmarkt und Steuern zuständig.

Gegen den Beitritt Italiens zur Euro-Zone hat er öffentlich argumentiert, der Beitritt Griechenlands war für Bolkestein nur die Konsequenz aus „dem Fluch der bösen Tat“, wie er die Aufnahme Italiens bis heute nennt. Als Romano Prodi, fünf Jahre lang Präsident der Europäischen Kommission, im Jahr 2002 den Stabilitätspakt, der die Solidität des Euro sichern soll, als „stupide“ abtut, tritt Bolkestein vor Fernsehkameras und schmettert in die



Euro-Befürworterin Merkel 2001: Kein deutsches Geld im Krisenfall

Mikrofone: „Es ist die Aufgabe des EU-Kommissionspräsidenten, die europäischen Verträge zu ehren und zu verteidigen, darunter fällt vor allem der Euro-Stabilitätspakt.“

Am nächsten Morgen, sagt Bolkestein, habe sein Telefon geklingelt. Romano Prodi ist dran, er sagt: „Sie haben mich beleidigt, ich verlange eine Erklärung.“ Bolkestein besteht darauf, dass er die abfälligen Äußerungen Prodis zum Stabilitätspakt für falsch halte, und fügt hinzu: „Wenn diese Haltung vom Rest der EU-Kommission geteilt wird, biete ich meinen Rücktritt an.“

Mit seiner kritischen Haltung gegenüber Italien und Griechenland steht Bolkestein oft allein in der Kommission. Gleichzeitig will er die Bemühungen des Landes, sich weiterzuentwickeln, belohnen. Als die griechische Regierung 150 Millionen Euro möchte, um für das Land ein Kataster zu erstellen, unterstützt er das Anliegen.

Ein Kataster ist eine Liegenschaftskarte sämtlicher Flurstücke eines Landes, geometrische Lage, Gebäude, Art, Nutzung, alles fein säuberlich kartiert und aufgelistet in Liegenschaftsbüchern. Bolkestein staunt, dass die Griechen derlei nicht haben, findet die Idee aber gut. Er befürwortet sie, auch eingedenk der rätselhaften Fehler, die den Griechen beim Antrag auf Agrarsubventionen angeblich unterlaufen sind – als sie die zu subventionierende Agrarfläche dreimal größer angaben als die Gesamtfläche des Landes.

Ein Jahr später, seine Amtszeit als Währungskommissar neigt sich dem Ende zu, lässt Bolkestein nachfragen, was mit dem griechischen Kataster passiert sei.

Man habe das Projekt aufgegeben, lautet die Antwort.

Eine Kommission tagt, Thema: Wie viel von den 150 Millionen soll man zurückfordern? Alles, findet Bolkestein. „I want my money back“, sagt er. Aber es gibt eine Koalition der Nachsichtigen, erinnert sich Bolkestein, erinnern sich andere, die Nachsichtigen werden angeführt von der Kommissarin Anna Diamantopoulou aus Griechenland. Am Ende werden etwa 75 Millionen Euro zurückerstattet.

Der Rest sei nicht mehr vorhanden, erfährt Bolkestein. Und wo das Geld geblieben sei? Das wisse niemand.

Die Deutschen sind mit eigenen Trickereien beschäftigt, im Schulterschluss mit Frankreich – beide von einem Defizitverfahren be-

droht – hebeln sie den Vertrag von Maastricht aus. Sie verweigern sich den Sanktionen. Im EU-Finanzministerrat besorgen sie sich eine Mehrheit, die das Strafverfahren der EU-Kommission kassiert. Es ist ein schwerwiegender Verstoß, dessen Tragweite sich erst später erweisen wird.

Die deutsch-französische Aktion erledigt den Stabilitäts- und Wachstumspakt, den die Deutschen ihren Partnern aufgezwungen hatten. Die Folgen sind fatal: Wenn sich die beiden größten Volkswirtschaften der Euro-Zone nicht an die Regeln halten, warum sollten es dann die anderen tun? Und wenn sich Deutschland, die selbsterklärte Heimat der Haushaltsdisziplin, nicht mehr um die Disziplin schert – worauf soll man sich in Europa dann noch verlassen?

Der Sündenfall wird hinter Politsprech versteckt, der Bruch des Pakts mit falschen Bekenntnissen zum Pakt verschleiert. Seine Bestimmungen werden nicht formal abgeschafft, aber informell so auf-

geweicht, dass sie in Zukunft jederzeit zum Vorteil einer Regierung in Finanznöten verbogen werden können. Und ein nicht unwesentlicher Nebeneffekt kommt hinzu: Die exekutive Macht in Europa, eigentlich bei der EU-Kommission angesiedelt, die die „Hüterin der Verträge“ genannt wird, geht de facto auf den Rat der Staats- und Regierungschef über.

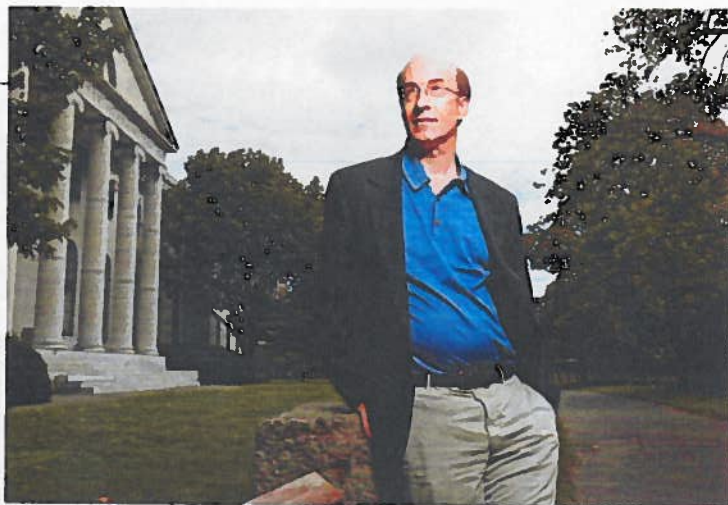
Statt die Bemühungen der Euro-Zone in Brüssel zu bündeln und zu konzentrieren, wie es gedacht war, regen sich die nationalen Interessen wieder in Berlin und Paris, in Madrid und Rom, und in Athen gab es ohnehin immer nur sie.

Der griechische Schwindel fliegt auf

Griechenlands 2004 neu gewählte konservative Regierung legt offen, dass die abgelösten sozialistischen Vorgänger seit dem Jahr 2000 manipulierte Zahlen an Eurostat gemeldet haben. Auch bei den Beitrittsdaten wurde getrickst.

EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso, ein Portugiese, kritisiert Griechenland nicht, sondern lobt die neue Regierung für ihre Offenheit und gratuliert ihr zu den „mutigen Schritten“, die Fehler der Vergangenheit wettzumachen. Nun müsse Griechenland „die Dinge bis 2006 in Ordnung“ bringen.

Dabei zeigt sich die neue Regierung in Athen bald ähnlich erfinderisch wie die ab-



Finanzökonom Rogoff: „Kein Kredit wird Griechenland retten“

gen und Finanzminister mischen mit, und es herrscht, nach der euphorischen Aufbruchstimmung um die Jahrtausendwende, mit einem Mal sehr dicke Luft in diesem neuen Europa.

Der Eurostat-Generaldirektor verweist zu seiner Verteidigung auf die Fußnoten in den halbjährlichen Berichten seiner Behörde. Sie lauten zum Beispiel: „Eurostat sieht sich aufgrund fehlender oder unvollständiger Informationen außerstande, die Zahlen zu verifizieren.“ Es klingt wie ein vornehmes Räuspern.

Das wird lauter am 22. November 2004, als Eurostat einen ersten großen Bericht veröffentlicht, der die Jahre 1997 bis 1999 und das Jahr 2004 behandelt. Darin kommt die Behörde zu dem Fazit, dass es drei große Schwächen in der griechischen Kalkulation gebe.

Erstens würden die Militärausgaben verbucht, wie es gerade passe. Zweitens habe man chronisch die Sozialausgaben deutlich zu niedrig angesetzt, und drittens wurden die Steuereinkommen weit überschätzt. Was folgt aus solchen Berichten? Nichts.

Zu allem Überfluss werden die Hoffnungen auf kräftiges Wirtschaftswachstum in der Euro-Zone nicht wahr, im Gegenteil. Deutschland vor allem schwächelt, das Wachstum in Europa ist mickrig, die Arbeitsmarktzahlen besorgniserregend. Europa ist immer wieder Thema in Washington, beim Internationalen Währungsfonds.

Der IWF warnt Europa

Am Sitz des IWF steht Europa unter Beobachtung. Die Euro-Länder, die sich seit den späten neunziger Jahren schöne,

gelöste: Verteidigungsausgaben werden zurückgebucht auf den Zeitpunkt der Bestellung, nicht der Bezahlung, und damit aus den aktuellen Büchern herausgerechnet. Haushalte werden be- und entlastet, ganz wie es passt. Die Bürokratie weigert sich, Prognosen über die Haushaltsentwicklung zu machen, und setzt in die Budgetplanungen stets ein schlicht angenommenes Defizit von weniger als als drei Prozent ein.

Der Leiter der „Schuldenagentur“, Christoforos Sardelis, wird abgelöst und ersetzt. Der Nachfolger profitiert wie Sardelis vor ihm von den niedrigen Zinsen für die Schultitel des Landes. Noch 2005 sind die Zinsen auf Greek-Bonds um nur 0,16 Prozentpunkte höher als auf deutsche Anleihen. Der Markt kauft, die Griechen verkaufen. Im Jahr 2006 steigt die Staatsverschuldung um weitere 14,7 Prozent.

In Brüssel beginnt ein „blame game“, es wird darüber gestritten, wer eigentlich wen falsch oder unzureichend informiert: Der Währungskommissar der EU zeigt auf den Generaldirektor von Eurostat, der die Schuld weiterreicht an die EU-Kommissare, die die Europäische Zentralbank kritisieren, nationale Regierung-



neue Welten hingebaut hatten, das meiste davon auf Pump, saßen in den folgenden Jahren schon, fast noch unbemerkt, jedenfalls weit unterschätzt, tief in einem Schuldenloch. Sie glichen einer Maus, die sich an der Falle gerade noch darüber freut, ein schönes Stück Käse gefunden zu haben, und die nicht merkt, dass sich über dem Käse ein Bügel spannt.

Und schon damals antwortete Kenneth Rogoff, IWF-Chefökonom, wenn ihn jemand nach der Möglichkeit fragte, ob der Euro-Raum auch wieder auseinanderbrechen könnte: „natürlich“. Einige Länder, sagte Rogoff damals, würden in zehn Jahren vielleicht nicht mehr in Euro rechnen. Und wenn er so redete, schauten ihn seine Kollegen, und die europäischen zumal, immer so an, „als hätte ich nicht mehr alle Tassen im Schrank“.

Der IWF beobachtete eine „Lähmung in Europa“, sagt Rogoff. Die politische Union, seit Jahren versprochen, um der technischen Währungsunion einen echten Rahmen zu geben, kam nicht. Aber die europäische Party ging weiter. Und alle wollten tanzen, solange die Musik spielte. Nur Deutschland machte eine Ausnahme, hier wurde reformiert, unter Schmerzen, die Hasswörter des Augenblicks waren Agenda 2010 und Hartz IV.

„Was die Deutschen damals durchgezogen haben“, sagt Rogoff, „ist sehr beeindruckend. Sie erkannten ein Schuldenproblem, sie erkannten die System-schwächen, also machten sie sich rational daran, diese Schwächen zu beseitigen.“ Statt auf Entwicklung der Wirtschaftskraft, Reform der Sozialsysteme und Kontrolle der Kosten setzten Staaten wie Griechenland, Portugal, Italien auf immer neue Kredite mit möglichst langen Lauf-



Euro-Noten in der Bundesbank in Frankfurt: Hat dieses Geld eine Zukunft?

zeiten, um nötige Entscheidungen in die Zukunft zu vertagen.

Nicht sie, sondern Deutschland geriet in die Kritik. Die Deutschen, hieß es, drückten ihre europäischen Partner an die Wand. Pro Jahr steigt der deutsche Export in die Länder der Euro-Zone um durchschnittlich sechs Prozent, und 73 Prozent des deutschen Handelsüberschusses stammen aus diesen Ländern.

Die Agenda-Reformen übten Druck aus auf die Arbeitslöhne und halfen, die Lohnstückkosten so zu senken, dass sich Deutschland im Vergleich zu Ländern wie Italien oder Griechenland noch größere Wettbewerbsvorteile erwirtschaftete. In Deutschland sanken die Lohnstückkosten, in den meisten Ländern der Euro-Zone stiegen sie, vor allem in Griechenland.

Die griechischen Strukturprobleme

Die Griechen konsumieren auf Pump, Kredite sind günstig, sie kaufen deutsche Maschinen und Autos, steigern das deutsche Bruttosozialprodukt, versäumen Reformen im eigenen Land. Kein Regierender will die gewucherte Bürokratie zurückstutzen, kaum einer interessiert sich für Schuldentilgung, für Handelsdefizite,

für Lohnstückkosten, für all die sperrigen Begriffe und Instrumente der Volkswirtschaft, kaum einer kämpft gegen Korruption, Subventionsbetrug und falsche Privilegien. Die Folgen der Versäumnisse lassen sich heute etwa in Nordgriechenland, im Grenzgebiet zu Bulgarien, wie in einem Freiluftmuseum begehen.

Im Industriegebiet von Komotini reiht sich Fabrik an Fabrik, Lagerhalle an Lagerhalle, und fast alle sind stillgelegt, obwohl sie ausse-

hen wie neu. Hier bekommt man Antworten auf die Frage, warum Griechenlands Wirtschaft nicht wächst, warum sie nicht konkurrenzfähig ist, warum im Land nichts vorangeht.

Die meisten Firmen hier, erzählt der Unternehmer Demetri Politopoulos, haben den Betrieb überhaupt nie aufgenommen, sie sind Ruinen der Subventionsbetrügerei. Ihre Bauherren besorgten sich Geld und billige Kredite bei der Regierung in Athen und von der EU, stellten Gebäude hin, ohne in ihnen je ein Geschäft betreiben zu wollen.

Demetri Politopoulos wollte wirklich Geschäfte machen, er errichtete seine Macedonian Thracian Brewery in einer der leeren Straßen, er hatte das Bierbrauen in Amerika gelernt, nun kam er zurück in die Heimat, um ein erfolgreicher Unternehmer zu werden. Seine Idee war, sich weitab der urbanen Zentren, fern von den übermächtigen Konkurrenten in der Provinz niederzulassen, um hier eine lokale Kundenschaft zu erobern.

Dieser Plan ging nicht auf. Dass ihm Unbekannte, mutmaßlich im Auftrag von Konkurrenten, die Reifen seiner Lieferwagen auf-

4 **September 2004** Die griechische Regierung meldet der EU, dass die Haushaltszahlen vergangener Jahre falsch berechnet wurden.

5 **September 2008** Höhepunkt der Finanzkrise: Die US-Investmentbank Lehman Brothers muss Insolvenz anmelden.

6 **Oktober 2009** Griechenland korrigiert das laufende Defizit auf 12,5 % seines BIP. Rating-Agenturen stufen daraufhin die Bonität des Landes herab. Bis November steigt das Defizit auf 15,4 %.

7 **Mai 2010** Die Finanzminister der Euro-Zone und der internationale Währungsfonds (IWF) beschließen ein Hilfspaket für Griechenland. Es werden 110 Mrd. Euro über drei Jahre bereitgestellt.

Die EU-Finanzminister und der IWF einigen sich auf einen 750 Mrd. Euro schweren Rettungsschirm für notleidende Euro-Länder, befristet auf drei Jahre. Die Europäische Zentralbank (EZB) beginnt mit dem Ankauf von Staatsanleihen der Euro-Krisenländer.

8 **März 2011** Der Europäische Rat beschließt einen dauerhaften Stabilisierungsmechanismus (ESM), der ab Mitte 2013 in Kraft tritt.

9 **Juli 2011** Ein zweites Hilfspaket für Griechenland in Höhe von 109 Mrd. Euro wird beschlossen.

August 2011 Die EZB weitet die Ankäufe von Staatsanleihen massiv aus.



* Stand:
23. September

schlitzten und seine Fertigungsanlagen sabotierten, war schon hässlich. Egal, wie weit er seine Preise senkte – die Getränkevertriebe schienen sich gegen ihn verschworen zu haben. Und fast komisch sind seine Erlebnisse mit dem griechischen Staat.

Politopoulos erzählt von seiner Geschäftsidee, außer Bier auch eine Limonade aus griechischem Bergtee zu brauen. Er hatte schon alles beisammen, hatte im ganzen Land 62 Tonnen Bergteekraut zusammengesucht, hatte sich Gedanken über die Vermarktung gemacht, über den Vertrieb, als ihm die Gesundheitsbehörde in Athen mitteilte, die Bewilligung für die Produktion seines Erfrischungsdrinks könne nicht erteilt werden.

Grund: ein Gesetz aus der Mitte des 19. Jahrhunderts, erlassen unter der Regentschaft des bayerischen Prinzen Otto von Wittelsbach, 1832 zum König von Griechenland gekrönt, der aus Deutschland das Reinheitsgebot für Bier mitgebracht hatte. Und darin stand, dass in einer Bierbrauerei nichts anderes hergestellt werden dürfe als Bier. Für eine separate Produktionsstätte fehlte ihm das Geld, also keine Limonade aus Bergtee.

Politopoulos erlebt sein Unternehmertum in Griechenland als ewigen Kampf mit der Bürokratie, mit Korruption und unfähigkeit, und so wie ihm ergeht es Hunderten, Tausenden Unternehmern im Land. Transparency International hält Griechenland für das korrupteste Land der EU, Genehmigungen und Bescheinigungen gebe es nur gegen Bares. Im Land selbst findet das nicht jeder problematisch. Manche halten es für einen Teil der griechischen Kultur, und die sind auch der Meinung, Steuern zu zahlen sei überflüssig. So hat der Staat ein doppeltes Einnahmeproblem: Die Bürokratie hindert Unternehmen daran, zu wachsen und Gewinn zu machen; und die Unternehmen, die wachsen und Gewinn machen, finden Wege, kaum Steuern zu zahlen.

Die griechische Steuerkultur

Von den 9841 Inseln, die zu Griechenland gehören, sind 220 bewohnt, und auf einer davon, Sifnos, lebt der schwerreiche Yacht-Unternehmer, Steuerbetrugsbefürworter und frühere Studentenrevolutionär Georgios A. Vernicos. Wer ihn besucht, lernt dieses Land besser zu verstehen, als wenn er Zahlenkolonnen über Wachstum, Verschuldung und Zinsen liest.

„Griechenland ist ein extrem schönes Land“, sagt Vernicos, er ist 61 und sitzt im Garten seiner Villa am Meer, „und damit nicht jeder hierherkommt, haben wir es für andere sehr schwierig gemacht, bei uns zu überleben.“ Es ist nicht ganz klar, ob er bloß einen Witz gemacht hat.

1973 gehörte Vernicos zu den Anführern des Studentenaufstands gegen die

Militärdiktatur, er kam dafür ins Gefängnis. Später gründete er „Vernicos Yachts“, das heute führende Unternehmen für die Vermietung und den Verkauf von Yachten. Er ist nebenbei auch Generalsekretär des griechischen Tourismusverbands.

Seine Kundschaft ist ins Visier der Steuerfahnder geraten, die bei der Hälfte der rund 10000 in griechischen Häfen liegenden Yachten von Steuerbetrug ausgehen. Vier Millionen Euro kostet bei Vernicos die durchschnittliche 30-Meter-Motor-Yacht. Manche Besitzer registrieren ihre Schiffe über Offshore-Firmen in Zypern, Panama oder auf der Isle of Man,

der Fremdenverkehrsförderung, sagt Vernicos. Je mehr Touristenschiffe in der Ägäis, desto besser geht es den Dienstleistern auf den Inseln, den Hotels, den Restaurants, den Zulieferern. Jeder sechste griechische Arbeitnehmer ist im Tourismus beschäftigt.

Hellas als Urlaubsökonomie, das ist Vernicos' Vision, dafür wirbt er. Das vereinigte Europa, so Vernicos, sollte doch ein Gebilde sein, in dem „jeder das Seine tut“, was schon bei Platon, auch ein Grieche, zur Definition eines gerechten Staates gehörte. In diesem Europa machen die Deutschen die Maschinen, die Italiener schneiden die Anzüge, die Spanier



Euro-Einführungsfest an der Pariser Börse 1999: Haus ohne Hüter

um Steuern zu vermeiden, andere kennen einen noch besseren Trick.

„Man meldet das Schiff statt als Privat-Yacht als Charter-Boot an, also zum Vermieten.“ Für den Kauf von Privat-Yachten zahle man Mehrwert- und Luxussteuern von insgesamt 35 Prozent, für Miet-Yachten aber gar nichts. „Also vermietet man die Yacht an einem Tag pro Monat, und schon hat man eine Miet-Yacht.“ Um in einem Rechtssystem mit so vielen Grauzonen zu bestehen, müsse man eben ab und zu die Grenzen des Legalen erkunden. Vernicos sagt das mit einem Gaunerlächeln.

Den Yacht-Besitzern keine Schwierigkeiten machen – das galt als Grundsatz

ziehen Gemüse, und alle buchen ihre Ferien bei den Griechen.

Stattdessen wolle die EU ein Europa, in dem alle alles tun und dabei miteinander auch noch im Wettbewerb stehen. Aber der Griechen, so Vernicos, könne nicht bestehen im Produktivitätswettbewerb mit Deutschen oder gar Chinesen. „Wir Griechen sind die Taxifahrer der Meere“, sagt er – die Taxis selbst aber, also die Schiffe, würden woanders zusammengeschweißt, vor allem in Fernost. Griechen bauen keine Schiffe, sie fahren sie bloß.

Für Georgios A. Vernicos stellt sich das heutige Europa so dar, dass Brüssel den Griechen befiehlt, Schiffe zu bauen, statt

nur zu fahren. Also produktiver zu werden. Und Steuern einzutreiben. Und Gesetze einzuhalten. Also: deutscher zu werden. Das will er aber nicht. Dass Deutschland die Regeln machen soll für das Spiel in ganz Europa, macht ihn ungehalten. „Sie haben es schon zweimal mit Kriegen versucht. Jetzt versuchen sie es mit ökonomischen Mitteln.“

Dass die Steuerkommissare seit der Krise Ernst machen und unangemeldete Yachten gleich im Dutzend beschlagnahmen, macht Vernicos wütend. „Die Regierung führt jetzt einfach die Reichen als Stündenböcke vor.“ Misslaunig kaut er auf einem Stück Manouri, unfassbar



THOMAS COEX / AP

stinkendem Käse von Inselziegen. Er möchte die alten Regeln zurück. Die waren zwar krumm und ungerecht, aber darin verlässlich.

Die Mentalität eines Georgios A. Vernicos ist in der Unternehmerschaft des Landes weit verbreitet. Sie verursacht jährlich geschätzte 20 Milliarden Euro Schaden durch Steuerausfälle. Fast ein Drittel der wirtschaftlichen Aktivität läuft in Griechenland am Finanzamt vorbei, heißt es.

Schlechte Noten für Griechenland

Im September 2008, als die Lehman-Pleite die Finanzmärkte in den Abgrund reißt, glaubt die griechische Regierung, ver-

schont zu bleiben. Griechische Banken besitzen nur wenige der einflussreichen Finanzpapiere von der Wall Street. Aber die Staatsverschuldung ist im Jahr 2008 auf 110 Prozent der Wirtschaftsleistung angewachsen, Griechenland hat inzwischen Italien überholt, und der Anteil externer Schulden bei ausländischen Anlegern ist im Fall Griechenlands deutlich höher. Das Land der schönen Inseln ist viel stärker bedroht, als es glauben mag.

Die Rating-Agenturen, die massenhaft wertlose Papiere zur sicheren Geldanlage erklärt hatten, stehen mit dem Lehman-Crash unter besonderer Beobachtung. Sie bewerten schließlich auch Staaten, vergeben Gütesiegel für Staatsanleihen. Was sind ihre Noten wert? Haben sie sich – wie in der Privatwirtschaft – auch über die Qualität der Volkswirtschaften getäuscht?

Jahrelang haben die drei großen Rating-Agenturen der Welt die Anleihen der Euro-Staaten einhellig mit AAA oder AA bewertet. Am 14. Januar 2009 entscheidet sich eine von ihnen, Standard & Poor's, die griechischen Staatspapiere auf A- zurückzustufen. Das ist der schlechteste Wert aller 16 Euro-Länder, und – aus heutiger Sicht – der Beginn des Absturzes.

Mit der Herabstufung wird eine Abwärtsspirale in Gang gesetzt, die den Regierungschefs in Europa zeigen wird, wie fragil ihr Euro ist und wie ansteckend die Verhältnisse im kleinen Griechenland.

Verantwortlich für die Herabstufung ist Marko Mršnik, ein „Sovereign Credit Analyst“ und bei Standard & Poor's auch für griechische Staatsanleihen zuständig. Der gebürtige Slowene redet nicht mit Journalisten. Wer wissen will, wie er die Märkte einschätzt, muss seine Berichte lesen.

Er hat ein Büro in den Londoner Docklands, Canary Wharf, ein Businesszentrum mit schimmernden Fassaden und Latte-macchiato-Bars auf den Ruinen der alten, schwerindustriellen Gesellschaft. Auch Lehman Brothers residierte hier, bis zum Schluss.

Die Kreditwürdigkeit eines Landes wird in Buchstaben ausgedrückt, AAA ist die Bestnote, sie bedeutet eine Kreditausfallwahrscheinlichkeit nahe null, C heißt, dass der Gläubiger sein Geld höchstwahrscheinlich nie wiedersieht, D wäre im Schulzeugnis eine glatte Sechse: Totalausfall. Dieses Ranking hatten die Bonds des russischen Zaren nach der Oktoberrevolution. So weit ist Griechenland noch nicht.

Die rein wirtschaftlichen Kriterien lassen sich ziemlich einfach herauslesen aus den Tabellen von Zentralbanken, Eurostat oder IWF. Der Aspekt „Politik“ eines Landes lässt sich jedoch nicht mit dem Taschenrechner kalkulieren. Dabei geht es um das Funktionieren einer Verwaltung, um Korruption, starke Gewerkschaf-

ten, darum, wie rebellisch die Jugend ist oder wie führungstark ein Regierungschef, es sind die weichen, dennoch wichtigen Faktoren.

Marko Mršnik trifft sich deshalb mit Journalisten, Bankern, Analysten.

Die Abwertung des Landes begründet er so: „Die anhaltende Finanz- und Wirtschaftskrise hat unserer Ansicht nach einen grundlegenden Verlust an Wettbewerbsfähigkeit in der griechischen Wirtschaft verstärkt.“ Nach diesen Sätzen stürzen die Kurse an der Athener Börse ab. Und die Zinsen steigen. Die Käufer griechischer Staatsanleihen wollen für das steigende Risiko belohnt werden, sie verlangen eine höhere Prämie. Wenn sich Griechenland nun eine Milliarde Euro leihen will, also Anleihen im Wert von einer Milliarde verkaufen will, muss das Land 2,8 Millionen Euro mehr Zinsen versprechen als Deutschland. Die Schuldenlast steigt. Und steigt immer weiter.

Aufgeschreckt durch die Abstufung leitet die EU-Kommission erneut ein Defizitverfahren gegen Griechenland ein, es ist eine hilflose Geste, und das Strafverfahren bleibt, wieder einmal, man ist versucht zu sagen: natürlich, ohne Ergebnis. Bis heute ist kein Euro-Land, trotz vieler festgestellter Regelverletzungen, bestraft worden. Der Sanktionsmechanismus der Euro-Zone ist eine leere Drohung. Und er war von Anfang an falsch gedacht: Wie sinnvoll ist es, ein Land in Geldnot mit Geldbußen zu bestrafen?

Im Oktober 2009 löst die neue Regierung unter dem Sozialisten Papandreou die konservative Regierung in Athen ab. Nach dem Wahlsieg schreibt Marko Mršnik ein vertrauliches Papier an die Kunden von Standard & Poor's: „Angesichts der wiederholten Haushaltsentgleisungen der verschiedenen griechischen Regierungen bleibt abzuwarten, ob die neue Regierung den Willen hat, eine glaubhafte Budgetstrategie umzusetzen.“ Das klingt diplomatisch. Aber es ist reiner Sarkasmus. Die Anleger verstehen die Botschaft: Der Abstieg der Greek-Bonds vom Wertpapier zum Junk-Fetzen, von Sicherheit zu Casino-Chip, von Zuversicht zu Depression beschleunigt sich. Es beginnt die griechische Tragödie.

III. Akt: Die Krise des Euro (2010/11)

Wie Griechenland zum Spielball der Investoren wird. Wie die Europäische Zentralbank auf Abwege gerät. Warum die Griechen die Welt nicht mehr verstehen. Wie die Wette von Maastricht platzt.

Bei Standard & Poor's haben Mršniks Analysten ausgerechnet, dass Griechenlands Verschuldung im Jahr 2010 auf 125 Prozent der Wirtschaftsleistung ansteigen

wird. Noch am selben Tag wird es teurer, griechische Anleihen gegen den Ausfall abzusichern. Die Ausfallversicherungen, in der Marktsprache Credit Default Swaps (CDSs) genannt, zeigen an, wie schlecht es um Griechenland steht. Es kostet jetzt 189 000 Dollar im Jahr, eine Zehn-Millionen-Anleihe Griechenlands gegen Ausfall zu versichern. Für die Großinvestoren heißt das: raus aus Griechenland.

Auch in Kalifornien, in Newport Beach, eine Autostunde südlich von Los Angeles, sind ein paar Leute nervös geworden. Dort hat die Pacific Investment Company (Pimco) ihren Firmensitz.

Pimco ist mit Abstand der weltgrößte Investor in Staatsanleihen. Das Unternehmen leiht den Staaten Geld, indem es deren Schuldverschreibungen kauft. Wenn Pimco nicht mehr kauft, ist das ein deutliches Zeichen, dass einem Land erst die Krise, dann die Pleite droht.

Pimco herrscht – im Auftrag seiner Kunden – über 1300 Milliarden Dollar. Es ist eine absurde Zahl, selbst in dieser Zeit der Superlative, in der Rettungsschirme gespannt und Banken mit endlosen Staatsmilliarden gestützt werden: ein Finanzunternehmen, vielen nicht einmal bekannt, mit einer Anlagemacht viermal so groß wie der deutsche Bundeshaushalt.

Deswegen halten fast alle Regierungen einen engen Draht zu Pimco. Sie schicken ihre Finanzminister und Zentralbankvorsitzenden und manchmal auch ihre Regierungschefs zu Mohamed El-Erian, dem Chef von Pimco, um ihn zu überzeugen, dass er ihre Staatsanleihen kauft.

Pimco stößt in den Wochen Ende 2009 alle Griechenland-Anleihen ab. „Wir wollten raus, bevor alle anderen merken, dass die Zahlen nicht stimmen“, sagt Mohamed El-Erian. Nie verlässt sich Pimco auf ein Urteil von außen, dafür beschäftigt die Firma Horden von eigenen Analysten, viele waren einst beim Internationalen Währungsfonds, auch El-Erian hat dort seine Karriere begonnen.

Sie graben sich den ganzen Tag lang durch die Datenmengen und Bilanzen von Nationen, rechnen nach, erstellen Projektionen, füttern die Computer, und wenn ihnen nicht gefällt, was sie sehen, dann steigt Pimco aus.

Als Griechenland in die Euro-Zone aufgenommen wurde, war das für Pimco ein Grund mehr, Greek-Bonds zu kaufen. „Wir dachten, wenn die Griechen Mitglied eines so elitären Clubs werden dür-

fen, dass sie dann den Regeln folgen würden“, sagt El-Erian. „Und dass sie hart bestraft werden, wenn sie es nicht tun.“ Aber so ist es nicht gekommen. Es wurden politische Konzessionen gemacht, die Spielregeln ignoriert. „Das brachte den Krebs in die Euro-Zone.“

Warum haben die Finanzmärkte Griechenland nicht früher abgestraft? Warum wurde bis vor wenigen Jahren für griechische Staatsanleihen noch die gleiche Messlatte angelegt wie für deutsche? Warum haben die Märkte immer weiter Greek-Bonds gekauft?

El-Erian zuckt die Schultern, sagt: „So etwas passiert ständig.“ Als Argentinien Ende der neunziger Jahre zunehmend in Schwierigkeiten geriet, stieß Pimco früh

ein Land zum Junk-Schuldner erklärt. Standard & Poor's stuft das Rating griechischer Anleihen gleich um drei Stufen herab, auf BB+. Das ist auf einer Ebene mit Aserbaidschan und Ägypten. Dahinter liegen Länder wie Ecuador, El Salvador und Zimbabwe.

Mršnik schreibt, dass Griechenland seine Staatsschulden „umstrukturieren“ müsse, das ist ein vornehmes Wort für einen Bankrott. Es bedeutet, dass ein Schuldenschnitt kommt, dass Eigentümer von griechischen Staatsanleihen beispielsweise nur 30 Prozent ihres Geldes zurückbekommen. Schuldenschnitt, das heißt: Die Gläubiger sehen nur einen Bruchteil des verliehenen Geldes wieder. Die Märkte verstehen die Abstufung als Todesstoß. Wer jetzt noch Griechenland-Bonds in seinem Portfolio hält, ist wahnsinnig. Oder ein mildtätiger Spender.

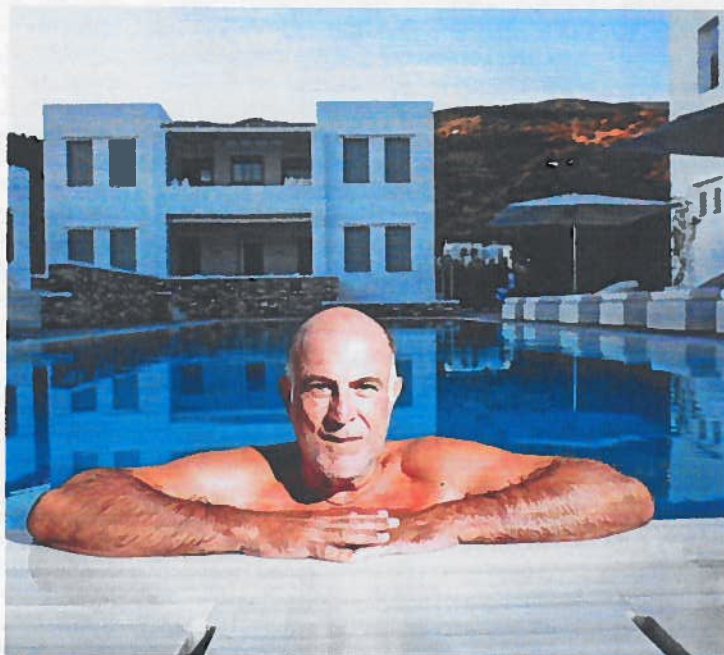
Der Markt ist weder das eine noch das andere. Sofort nach Bekanntgabe des Downgrades werden griechische Anleihen auf den Markt geworfen, deren Kurs verfällt. Würde der griechische Staat zu diesem Zeitpunkt zweijährige Anleihen auf den Markt bringen, müsste er den Käufern 13 Prozent Zinsen versprechen, wenige Tage vorher waren sie noch mit 6,3 Prozent zufrieden. Der Zins für zehnjährige Papiere steigt auf über zehn Prozent.

Für viele europäische Banken ist das ein Schock. Sie hatten sich nach der Lehman-Pleite mit den vermeintlich sicheren Staats-

anleihen eingedeckt, die kleinen Renditen suggerierten Sicherheit. Nun aber gelten nicht nur griechische Staatsanleihen als riskant, auch das Vertrauen in Portugal, Irland, Spanien, selbst Italien schwindet.

Angst breitet sich aus, in Frankfurt, in London: Über 700 Milliarden Euro hatten europäische Banken in Staatsanleihen aus den fünf Krisenländern angelegt. Und die griechischen Banken allein halten griechische Staatsanleihen im Wert von 50 Milliarden. Mit dem Rating der Staatspapiere fällt auch das Rating der griechischen Banken. Es ist eine Kettenreaktion, sie bleibt nicht an Griechenlands Grenzen einfach stehen.

Staatsanleihen dienen auch als Sicherheit, wenn Banken bei der Europäischen Zentralbank selbst Geld aufnehmen. Die Anleihen sind im Geldverkehr ein zentrales Kettenglied, wird ihr Wert zweifelhaft, gerät die monetäre Versorgung der Volkswirtschaft ins Stocken.



Yacht-Unternehmer Vernicos: „Wir sind die Taxifahrer der Meere“

alle Staatsanleihen ab, doch andere kauften erst recht zu, weil sie nicht an einen Zusammenbruch des Landes glaubten.

In den USA dachten die Menschen, sie könnten sich Häuser auf Pump kaufen, ohne Geld zu verdienen. „In Griechenland dachten sie: Wir können uns Geld zu denselben Raten wie die Deutschen leihen, also können wir jetzt alles machen, was wir wollen“, sagt El-Erian.

Eigentlich sei der Euro eine tolle Sache, sagt El-Erian. „Wenn es ihn nicht geben würde, müsste man ihn erschaffen.“ Eine gemeinsame europäische Währung sei gut für das globale Finanzsystem, sagt er. Gut für Investoren. Gut für den Markt. So habe er gedacht, als der Euro eingeführt wurde. Aber nur „solange sich alle an die Regeln halten, solange alle verstehen, was sie da geschaffen haben und was es bedeutet“.

Der Absturz der Greek-Bonds

Am 27. April 2010 wird zum ersten Mal in der Geschichte der jungen Währung

NIKOS PILIOS / DER SPIEGEL

Griechenland rudert in einem Sturm des Misstrauens, der von den Rating-Agenturen entfacht und von den Finanzmärkten gesteigert wird. Je tiefer das Rating sinkt, desto teurer wird es, die Schulden zu refinanzieren, desto größer werden die Schulden, desto tiefer ist das Ranking und so weiter. Nun beginnt die große Zeit der Devisenhändler, Hedgefonds und Spekulanten. Sie können auf einen Zerfall des Euro wetten und auf eine Rettung der Griechen durch die Euro-Partner. Sie bedienen sich unter anderem der Kreditausfallversicherungen, der CDSs, die schon nach der Lehman-Pleite die Finanzkrise um den ganzen Globus getragen hatten.

Eigentlich gedacht, um das Risiko von Kreditausfällen zu versichern, kann man mit ihnen auch spekulieren, wenn man keine Staatsanleihen besitzt. Es ist, als ob jemand eine Feuerschutzversicherung für ein Haus abschließt, das ihm nicht gehört. Er wird – möglicherweise – großes Interesse daran haben, dass das Haus in Flammen aufgeht. Wer Ausfallversicherungen für griechische Staatsanleihen kauft, ohne selbst Staatsanleihen zu besitzen, der wettet darauf, dass sie an Wert verlieren. Denn dann kann er die Versicherung später teurer verkaufen.

Außerhalb der Börsen ist ein grauer CDSs-Markt entstanden, 26 Billionen Euro schwer. Innerhalb weniger Wochen verdoppelt sich die Prämie, die gezahlt werden muss, um eine griechische Staatsanleihe abzusichern, die Prämie ist nun zehnmal höher als die Prämie für eine deutsche Anleihe.

Im Juni 2010 wird Griechenlands Kreditwürdigkeit wegen „beträchtlicher“ gesamtwirtschaftlicher Risiken um vier weitere Stufen gesenkt, die Staatsanleihen werden Ramschware. Die Anleger im eigenen Land haben längst begonnen, ihr Geld nach Zypern, Malta, in die Schweiz zu bringen. Griechenland ist aus der Familie kreditwürdiger Staaten ausgestoßen. Fast noch schlimmer aber ist, für das gesamte Euro-Projekt, dass die Herabstufung kommt, obwohl Europa meint, kraftvoll und entschlossen reagiert und die griechische Krise im Griff zu haben.

Denn einen Monat zuvor, im Mai 2010, hat die Europäische Zentralbank griechische Staatsanleihen für 25 Milliarden Euro aufgekauft. Sie tat das, um die Kurse der Anleihen zu stabilisieren, den Markt zu beruhigen, was nur für ein paar Tage gelang.

Sie wird von nun an immer mehr griechische Anleihen kaufen, auch 2011 noch, bald auch portugiesische, italienische, spanische. Die EZB lädt sich das eigene Haus, das als Hort der Euro-Stabilität gedacht war, als Fort Knox der neuen Währung, mit Ramschpapieren voll. Sie ruiniert die Glaubwürdigkeit des Euro.

Und immer kehren die Fragen des Anfangs wieder: Warum glaubten die Regierenden Frankreichs, Deutschlands und neun anderer Staaten, Griechenlands Art des Wirtschaftens könne mit anderen Volkswirtschaften unter dem Dach einer gemeinsamen Währung harmonisieren? Wie ist es möglich, dass man eine Währung ausschließlich für gute Zeiten entwarf, für Phasen des Wachstums – die

bisher nicht der Markt die Regeln festlegt, sondern der Staat.

Dimitriadis ist einer von denen, die im Sommer 2010 demonstrieren gegen die Zuminungen der Regierung. Überall im Land streiken die Transportunternehmer und legen alles lahm, Tankstellen kriegen kein Benzin mehr, Supermärkte keine Frischware, acht Tage lang. Zehntausende Touristen bleiben stecken, Flugzeuge verspäten sich, Schiffe können nicht auslaufen.

Für Fuhrunternehmer wie Dimitriadis gibt es 33 500 Konzessionen im Land, sie wurden zur Zeit der Militärjunta Anfang der siebziger Jahre ausgegeben, seither kamen keine neuen hinzu, obwohl die griechische Wirtschaft heute um ein Vielfaches größer ist als damals.

Die Lizenz wurde zu einer Art Existenzgutschein. Zur Altersvorsorge. Wer in Pension ging, verkaufte seine Konzession an den Meistbietenden, Zulassungen für große Tanklaster wurden für bis zu 350 000 Euro gehandelt. Nun soll, unter dem aus Brüssel und Washington diktierten Schuldenregime, spätestens bis 2014 jeder eine Lizenz erhalten können, der das will, und natürlich sind damit die Preise zusammengefallen. Antonis Dimitriadis würde für seinen Schein derzeit noch 12 000 bis 15 000 Euro erhalten.

Er hat das Papier, das ihm seinen Beruf garantiert, 1993 als Schenkung von seinem Vater erhalten, für den er arbeitete, seit er 13 war. Er putzte den Laster, betankte ihn, fuhr auf dem Beifahrersitz mit durch ganz Grie-

chenland, so wie es jetzt sein elfjähriger Sohn Manolis tut, als wäre es ein Naturgesetz. Natürlich hat Dimitriadis für seinen Vater gesorgt, nachdem der ihm die Zündschlüssel übergeben hatte, schon als Dank für die Lkw-Lizenz, und natürlich würde er dasselbe von seinem Sohn erwarten. Familie ist alles. Es sind vormoderne, fast archaisch anmutende Arbeitsstrukturen, die mit umfangreichen Regelwerken vergesetzt und zementiert wurden. So blieb das Familienunternehmen die DNA der griechischen Wirtschaft. Von den 4,4 Millionen griechischen Erwerbstätigen sind rund 1,5 Millionen beim Staat angestellt; ebenso viele arbeiten in Kleinstbetrieben mit einem bis neun Angestellten, wozu auch die Selbständigen gehören. Und diese Leute sollen nun in Wochen verändern, was in Jahrzehnten gewachsen ist, eine Zunft- und Familienwirtschaft umstoßen zu einer Marktwirtschaft, die Brüsseler und Berliner Vorstellungen entspricht.



Proteste in Thessaloniki: Tiefes Misstrauen in den Staat

dann in einer Krise unter bedrohlichen Stress gerät?

Der Aufstand der Lkw-Fahrer

In Griechenland löst der Absturz der Staatsanleihen vor allem Unruhe aus, weil die Hilfsmaßnahmen der EU gebunden sind an Sparauflagen und die Forderung nach harten Reformen. Der Staat soll den über Jahrzehnte aufgeblähten Öffentlichen Dienst um ein Fünftel verkleinern. Die Märkte sollen liberalisiert werden, um mehr Wachstum zu ermöglichen.

Als Lastwagenfahrer gehört Antonis Dimitriadis zur Gruppe der „kleista epagelmata“, der geschlossenen Gewerbe, zu einem arbeitsrechtlichen Kuriosum Griechenlands, wozu rund 70 Berufe zählen, und zwar nicht nur Rechtsanwälte und Notare, sondern eben auch Architekten und Taxifahrer. Es sind die Angehörigen dieser Zünfte, die seit dem Beginn der Reformen auf die Barrikaden gehen, weil sie ihre Privilegien verlieren. Für sie hat

Der Aufstand der Lastwagenfahrer richtet einen maximalen internationalen Imageschaden an: Bis zum Sommer 2010 war die griechische Krise für die Weltöffentlichkeit noch immer ein ziemlich abstraktes Phänomen geblieben, das vornehmlich auf den Wirtschaftsseiten analysiert wurde. Nun haben die Medien erstmals auch die Bilder dazu, sie zeigen ein Land am Rande des Nervenzusammenbruchs, zeigen wütende Urlauber, leere Einkaufsregale, blockierte Straßen. Militärs, die Kerosin, Benzin und Diesel durchs Land fahren. Sie zeigen ein Land, das nicht funktioniert, auf absehbare Zeit nicht funktionieren wird.

Sie zeigen auch eine Gesellschaft, die dem eigenen Staat tief misstraut. Mit Steuereinnahmen von nicht einmal 30 Prozent der Wirtschaftsleistung hat Griechenland die zweitniedrigste Steuerquote aller Euro-Länder. Den Umsatz des Schwarzmarkts schätzt das Institut für Wirtschafts- und Industrieforschung (IOBE) in Athen auf 59 Milliarden Euro jährlich – ein Viertel der offiziellen Wirtschaft.

Man kann über all dies den Kopf schütteln, über die Griechen und ihre Sturheit und Rückständigkeit, ihre ganze Art des Wirtschaftens, die der mittel- und nord-europäischen sehr fremd ist. Man sollte sich allerdings noch mehr wundern über die Politik und ihre Macher in Europa, das beharrliche Wegsehen, Verdrängen, Verleugnen über Jahre hinweg.

Die Architekten des Euro und ihre Nachfolger haben die Wette von Maastricht verloren. Sie haben das Volkseinkommen von zwölf Ländern aufs Spiel gesetzt für die Hoffnung, die Märkte würden schon nicht merken, wie zerbrechlich die schöne neue Währung ist. Und was die Gründergarde des Euro im Vertragswerk an Lücken ließ, haben ihre Nachfolger in zehn Jahren genutzt, um den Euro noch anfälliger zu machen.

Die Staatsverschuldung der Euro-Staaten hat sich – allen Regelungen zum Trotz – seit 1997 nahezu verdoppelt, allein in den letzten drei Jahren ist sie um knapp zwei Billionen Euro gestiegen, um 30 Prozent. Ohne die Aufwendungen für die Folgen der Finanzkrise wäre die Wette vielleicht später geplatzt, aber geplatzt wäre sie. Zu groß sind die Konstruktionsmängel des Euro; zu schwach ist die europäische Politik, sie zu beheben; zu desinteressiert sind die Völker am ganzen, großen Projekt.

Die vier großen Versprechen des Euro, formuliert im Vertrag von Maastricht,

wurden alle gebrochen: die Staatsschulden nicht begrenzt, sondern verdoppelt, nur 5 der 17 Staaten liegen unter der 60-Prozent-Grenze; die Haushaltsdefizite nicht gedeckelt, nur vier Staaten liegen unter der Norm; das Bail-out-Verbot, gebrochen; die Europäische Zentralbank, nicht länger unabhängig, sondern Bad Bank für notleidende Staatsanleihen.

Es ist nicht einfach nur irgendein politisches Versagen, das folgenlos wäre wie irgendein gebrochenes Wahlversprechen. Es ist ein Versagen zweier Generationen von Staatsmännern (und -frauen), das Europa nun mit einem gefährlich labilen Geflecht der Staaten, ihrer Notenbanken, der Zentralbank, der Banken und Anleger überzogen hat.



Schuldenhändler El-Erian: Herrscher über 1300 Milliarden Euro

Die Staaten der Euro-Zone sind mit acht Billionen Euro in der Kreide, Banken haben europäische Staatsanleihen im Nominalwert von einer Billion Euro in den Büchern. Die Notenbanken von Griechenland, Italien, Portugal und Spanien sind bei der Bundesbank mit 348 Milliarden verschuldet. Die Zentralbank hat für 150 Milliarden Euro Staatsanleihen aufgekauft, die Banken parken bis zu 150 Milliarden Euro lieber bei der EZB, als Kredite zu vergeben – aus Angst vor Kreditausfällen.

Die Summe aller Kreditausfallversicherungen für Griechenland ist unbekannt, auch welche Banken sie halten, was ihr Risiko unberechenbar macht. Große europäische Banken haben so viele Anleihen gefährdeter Staaten in den Büchern, dass sie nach Auffassung des IWF 200 Milliarden Euro zusätzliches Kapital brauchten, um sicher über die Runden zu kommen, die Rating-Agenturen reagieren darauf bereits mit Herabstufungen.

Dieses hochexplosive Geflecht aus gegenseitigen Abhängigkeiten macht den Euro in Krisenzeiten labil; angreifbar und richtig gefährlich wird er aber durch eine Besonderheit, die ihn unterscheidet vom Dollar, vom Yuan, von allen Währungen in der Welt: Der Euro ist ein Haus ohne Hüter, eine Währung ohne politischen Schutz, ohne einheitliche Finanzpolitik, ohne die Möglichkeit, sich entschlossen gegen spekulative Angriffe zur Wehr setzen zu können.

Damit eine Währungsunion funktioniert, dürfen die Volkswirtschaften der Mitgliedsländer nicht zu weit auseinanderdriften, da der übliche Ausgleichsmechanismus, der Wechselkurs, fehlt. Normalerweise wertet ein Land, dessen Wirtschaft schwächelt, seine Währung ab. Das macht seine Waren auf dem Weltmarkt billiger, es kann mehr exportieren und seine Defizite abbauen. In einer Währungsunion aber geht das nicht. Wenn ein Land nicht solide wirtschaftet, wirkt die Einheitswährung wie eine Fessel.

Wäre Griechenland das Bundesland eines Vereinigten Europa mit einer gemeinsamen Fiskal- und Wirtschaftspolitik, dann wäre es so geschützt wie das ähnlich hoch verschuldete Bundesland Bremen durch die Bundesrepublik. Weil es aber eine gemeinsame europäische Finanzpolitik nicht gibt, wird Griechenland als schwächstes Land der Union – obwohl es nicht einmal drei Prozent zur Wirtschaftsleistung der Euro-Staater beiträgt – zur systemrelevanten Bedrohung für 16 Staaten und 320 Millionen Europäer. Und der Euro, gedacht als Schutz gegen die Unwägbarkeiten der Globalisierung, wird damit zur gefährlichsten Währung der Welt.

IV. Akt: Die Zukunft des Euro (2011 bis ?)

Warum der Europa-Schöpfer Jacques Delors weiterhin an den Euro glaubt. Warum der Forscher Kenneth Rogoff sein Schreckensszenario für realistisch hält. Warum der Schuldenhändler Mohammed El-Erian sagt, dass keine Wette auf den Niedergang des Euro eingeht.

Was Europa nun blüht, in den nächsten Wochen und Monaten, hat mit Griechenland zu tun, hat sich aber auch längst vom Athener Drama abgelöst. Es ist die Fortsetzung der Finanztragödie, die 200

New York ihren Anfang nahm. Was dort begann, sagt Weltökonom Rogoff, war keine normale, nur etwas stärkere Rezession, sondern eine „große Kontraktion“, wie sie sich in der Wirtschaftsgeschichte nur alle 75 Jahre ereignet. Dieser Umstand aber, sagt Rogoff, sei bis heute nicht erkannt. Und deshalb geht Europas Krise, die als Vertrauenskrise begann, zur Schulden- und Liquiditätskrise über und mündet in multiple Solvenzkrise münden, nicht zu Ende.

„Die augenblickliche Politik tut so, als sei eine Liquiditätskrise zu meistern“, sagt Rogoff, „als ginge es darum, nur ausstehend Kredite zu verteilen, bis das Wachstum wieder anspringt. Aber diese Diagnose ist falsch. Wir haben eine Solvenzkrise, wir haben europäische Länder und Regionen, die fundamental bankrott sind. Kein Kredit dieser Welt, und wäre er noch so groß, wird Griechenland retten, auch Portugal nicht und sehr wahrscheinlich auch nicht Irland, und man muss sich auch in Italien große Sorgen machen.“

Stimmt dieser Befund, dann bedeutet er, dass der neue europäische Kreditfonds EFSF, für notleidende Euro-Länder eingerichtet, sinnlos ist. Er bedeutet, dass die neue Politik der Europäischen Zentralbank, Staatsschulden von Ländern zu finanzieren, ins Leere geht wird. Er bedeutet auch, dass Europas Führer, die von Kriessgipfel zu Kriessgipfel eilen, nur Heftpflaster verteilen, wo eine Operation an den inneren Organen der Union nötig wäre. „Es muss jetzt darum gehen, die Schulden zu kappen“, sagt Rogoff, „den Konkurs zu erklären und neu anzufangen.“ Griechenland sei so überschuldet, dass das Land nur eine Zukunft habe, wenn 50 bis 75 Prozent seiner Staatsschulden abgeschrieben werden, und in Irland und Portugal sehe die Lage nicht viel anders aus.

„Es kann jetzt nicht mehr darum gehen, den Märkten vorzuspielen, dass Europa handlungsfähig ist, indem es sich aus der Krise mit einem immer größeren Scheck freikaufte. Den Scheck, der groß genug wäre, am Ende Spaniens Schulden oder Italiens Schulden zu bezahlen, gibt es nicht. Die Märkte haben den Glauben verloren.“

Mohamed El-Erian, der Chef von Pimco, Herr über 1,3 Billionen Dollar Staatsanleihen, sagt, er habe kein Interesse am Untergang der Euro-Zone, es gebe keinen Gewinn daraus zu ziehen, im Gegenteil, mit jedem Tag werde es schwerer zu in-

vestieren, all seine Milliarden sicher zu verteilen. Die Welt sei bipolar geworden, es gibt nur gut oder schlecht, an den Euro glauben oder nicht, kein gutes Umfeld für sicheres Investieren.

El-Erian sagt, die Welt stehe nun auf dem Kopf. Die Entwicklungsländer und die aufstrebenden Nationen in Südamerika und Asien haben ihre Krise bereits vor zehn Jahren durchgemacht, sie hatten einen Herzanfall und haben sich danach auf Diät gesetzt: keine Exzesse, keine Schulden. „Die westliche Welt dagegen war verliebt in Kredit und Schulden, sie sagte: Wir sind die fortgeschrittenen Volkswirtschaften, wir bekommen keine Probleme, alles ist toll so.“ Es sei ein Zustand der kompletten Realitäts-



Griechischer Ministerpräsident Papandreu: Schuld und Schulden

verleugnung gewesen, mit verheerenden Folgen für Europa: „So konnte die Krise sich ausbreiten, von der Peripherie zum äußeren Kern und nun langsam zum inneren.“

Gleichzeitig steuere „das große Zeitalter des billigen Kredits“ auf seinen Höhepunkt zu, wie sie es bei Pimco nennen. „Groß im Sinne von überdimensioniert“, sagt El-Erian.

Wenn in Europa jetzt nicht die schweren Medikamente zum Einsatz kämen, sagt El-Erian, trotz unangenehmer Nebenwirkungen, werde die Infektion bald das Herz und das Gehirn erreichen: Frankreich und Deutschland.

Die Krise habe klein angefangen, aber sie mutiert und kontaminiert das ganze globale System, und das passiert nicht, weil es an Analysen, sondern an Mut zu schwierigen Entscheidungen mangelt. Frustriert ihn die Unfähigkeit der europäischen Regierungen, die Krise zu lösen? „Nein, sie macht mir Angst.“

Die Europäer seien paralysiert, nicht nur, weil sie sich nicht einigen können, sondern weil sie nicht wissen, wie sie genau vorgehen wollen, weil es keine Blaupause für so einen Krisenfall gibt.

So oder so, sagt Rogoff, steht das Euro-Projekt am Scheideweg: Entweder es kommt jetzt zur Zwangsheirat der europäischen Partner, zu einer „shotgun marriage“, oder es kommt über kurz oder lang zum Bruch. „Und natürlich ist es fraglich, ob die Völker Europas zu einer so unromantischen Heirat bereit sind.“

Den Deutschen komme die entscheidende Rolle zu, sagt Rogoff. Und sie sollten sich, wenn sie an Griechenlands Rettung denken, die Lage nüchtern anschauen. Sie sollten, sagt er, nach Italien schauen, wie dort Norditalien seit 90 Jahren für Süditalien die Rechnungen bezahlt. Und sie sollten sich fragen, ob sie bereit sind, in den nächsten 90 Jahren die Rechnungen Griechenlands zu bezahlen.

„Darum geht es, wenn über eine Transferunion geredet wird. Es ist möglich, ja. Deutschland ist wahrscheinlich stark genug, alle Rechnungen zu bezahlen, vermutlich bis zu einem Umfang von 150 Prozent seiner eigenen Wirtschaftsleistung, das würden die Märkte irgendwie mitmachen. Deutschland wäre dann der Supereuropäer, alle würden Deutschland lieben – aber es wäre, ehrlich gesagt, für die Deutschen ein Risiko, das an Wahnsinn grenzt.“

Wenn ihn Politiker dieser Tage um Rat fragen, schlägt Rogoff vor, mit dem Schuldenschnitt so schnell wie möglich zu beginnen, und auch diese Lösung würde sehr teuer. Um die betroffenen Länder nicht einfach in den Abgrund zu stoßen, müsste Europa – und vorneweg Deutschland – eine Formel finden, wie mit den Bankrotteuren umzugehen sei.

Rogoff könnte sich vorstellen, dass die Europäer die Schulden der Zentralregierung eines Landes garantieren, aber nur diese. Das hieße im Fall Irlands, dass die Garantien für die Banken nicht übernommen würden. Es hieße im Fall Spaniens, dass die immensen Schulden seiner Kommunen, Barcelonas etwa, das Problem Spaniens blieben. Es hieße im Fall Griechenlands, dass die nötigsten Aufwendungen des Staates bezahlt würden, aber auch nicht mehr.

Es hieße, dass Europa sehr schweren Zeiten entgegenginge. „Das ist das Problem der großen Krisen“, sagt Kenneth

Rogoff, „sie zeugen am Ende wesentlich mehr Verlierer als Gewinner.“

Das ist das Szenario des amerikanischen Finanzkrisenforschers, europäische Politiker wie Jacques Delors halten an ihrer Vision vom großen Europa fest. Dass die Euro-Zone auseinanderbricht, im Großen und Ganzen, kann sich Jacques Delors, der Gründervater des modernen Europa, nicht vorstellen. „Es wäre zu teuer, ich denke, dass dieses Risiko niemand eingehen will.“ Europa sei eine moralische Verpflichtung, die Politiker unserer Zeit hätten das anscheinend vergessen. „Sie rennen herum wie planlose Feuerwehrleute, und sie glauben immer noch, alle Feuer löschen zu können.“ Es brauchte dafür aber eine starke Zentrale in Brüssel, sagt Delors, die den Einsatz koordiniert, es brauchte neue, robuste Institutionen.

Der Euro-Romantiker Jacques Delors, der Schuldenhändler Mohamed El-Erian, der Weltökonom Kenneth Rogoff, sie haben einen ganz unterschiedlichen Blick auf die europäische Krise. Die Abgeordneten des Deutschen Bundestags, die in dieser Woche über die Ausweitung des Rettungsschirms für den Euro abstimmen, müssen zwischen diesen Blickwinkeln und einem halben Dutzend anderer entscheiden.

Den Austritt Griechenlands, Portugals und Irlands aus dem Euro empfiehlt der große Spekulant und Hedgefondsmanager George Soros. Euro-Bonds und noch mehr Staatsverschuldung schlägt der Nobelpreisträger Joseph Stiglitz vor. Verschuldung ohne Austritt oder mit Austritt, einen europäischen Finanzminister oder gleich eine europäische Wirtschaftsregierung – Vorschläge zur Lösung der Euro-Krise fliegen durch die Luft, sie sind inzwischen nur noch Ausdruck der Ratlosigkeit von Ökonomen und Politikern. Es gibt kein Vorbild für diese Krise und kein Rezept, das man übernehmen könnte. Europas Politiker haben sich und ihre Völker in eine beispiellose Lage manövriert, die manchen von ihnen mehr Angst macht als ihren Wählern – weil Politiker schon wissen, was die Wähler noch nicht mal ahnen.

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestags müssen an diesem Donnerstag in zweiter und dritter Lesung über eine vergleichsweise simple Sache abstimmen. Das „Gesetz zur Änderung der Gesetze zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus“ regelt, dass die Bundesrepublik – wenn Länder der Euro-

Zone in finanziellen Schwierigkeiten sind – zukünftig mit 211 Milliarden Euro haftet statt wie bisher mit 123 Milliarden. „Mit hoher Wahrscheinlichkeit“ sei „nicht mit einer Inanspruchnahme zu rechnen“, steht in der Einführung des Gesetzes.

Und da wird die Sache für einige Abgeordnete – vor allem der Regierungskoalition – kompliziert. Was sie hören von Experten wie Rogoff, El-Erian und anderen, was sie in der Zeitung lesen über Griechenland, lässt sie nicht daran glauben. Mit ihrer Zustimmung würden sie ein weiteres Tor zur Transferunion aufstoßen, argumentieren sie, und was dann komme, wisse niemand. Auch den Abgeordneten, die zustimmen wollen, ist nicht klar, wohin diese Politik der immer neuen

schon den Staaten, die – wie Griechenland – tatsächlich insolvent sind und keine Chance haben, ihre Schulden jemals zurückzuzahlen. Und anderen, die nur ein kurzfristiges Liquiditätsproblem haben. Dann müssten die Banken mit staatlichem Geld versorgt werden, damit das Finanzsystem nicht kollabiert, wenn die Geldhäuser einen Teil der Staatsanleihen in ihren Bilanzen abschreiben müssen. Schließlich müssten die Aussteiger weiter gestützt werden, denn Europa kann nicht einfach zusehen, wenn Länder wie Griechenland im Chaos versinken.

Horst Reichenbach wird also in jedem Fall gebraucht, der Leiter der EU-Task-Force zieht bei seiner ersten Tour durch die Athener Ministerbüros in eine

Schlacht gegen zwei Jahrzehnte Misswirtschaft, hundert Jahre Langsamkeit und den Stolz auf 3000 Jahre Geschichte. Mathematiker ist Reichenbach, Ökonom auch und ein Technokrat mit jahrzehntelanger Erfahrung in der Brüsseler Bürokratie, insgesamt ein wohltemperierter Herr mit einer Ausstrahlung von äußerster fachlicher wie ästhetischer Strenge. Ein Abgesandter aus einer anderen Zeitzone, ein Abgesandter aus der Zukunft.

Reichenbach resümiert, während er vor einem Aufzug wartet, er fühle sich „überall äußerst willkommen“, und er erklärt sich das damit, dass er ja der „good guy“ sei in diesem Spiel, während die Vertreter der sogenannten Troika, bestehend aus EU-Kommission, Internationalem Währungs-

fonds und Europäischer Zentralbank, die über die Einhaltung der Auflagen wachen, in Griechenland „mit weniger Wohlwollen“ betrachtet würden.

Wenn er durch Athen fährt, sieht die Stadt vor den getönten Scheiben seines dunkelblauen Renault Espace wie eine dynamische europäische Metropole aus: Der Wagen der Task Force kommt schnell voran, weil 15 000 streikende Taxifahrer von den Straßen verschwunden sind in diesen Tagen.

Einmal gerät das Auto ins Stocken, die Gegenfahrbahn ist abgesperrt. Langsam zieht Reichenbachs Renault vorbei an einem lichterloh brennenden Auto vor der US-Botschaft. Reichenbach sagt „Ups!“, schaut aus dem Fenster, dann stellt er fest: „Das sieht nicht ungefährlich aus.“

FERRY BATZOGLOU, MANFRED ERTL, ULLRICH FICHTNER, HAUKE GOOS, RALF HOPPE, THOMAS HUETLIN, GUIDO MINGELS, CHRISTIAN REIERMANN, CORDT SCHNIBBEN, CHRISTOPH SCHULT, THOMAS SCHULZ, ALEXANDER SMOLTczyk



Italiens Regierungschef Berlusconi: In die EU geschummelt

Krisenprogramme und Rettungsschirme letztendlich führt. „Auf Sicht fahren“ nennt die Kanzlerin diese Nebelpolitik.

Am Ende werden nur zwei Möglichkeiten bleiben: eine Transferunion, in der die starken Länder für die schwachen zahlen; oder eine geschrumpfte Währungsunion, ein Kern-Euro-Land gewissermaßen, dem nur einigermaßen vergleichbare Volkswirtschaften angehören.

Eine Transfer- und Haftungsunion bedarf neuer politischer Institutionen, die Nationalstaaten müssten einen wichtigen Teil ihrer Zuständigkeiten nach Brüssel abgeben. Einige Politiker freunden sich gerade mit dieser Idee an, sie reden von einer Wirtschaftsregierung oder sogar von den Vereinigten Staaten von Europa, ohne zu sagen, was damit konkret gemeint ist.

Wahrscheinlicher ist der zweite Weg, einfacher wird er nicht, billiger möglicherweise auch nicht. Zunächst müsste eine Brandmauer errichtet werden zwi-